

23. Sitzung (Sondersitzung)

Potsdam, Freitag, 30. Oktober 2020

Inhalt

	Seite		Seite
Mitteilungen der Präsidentin.....	2	Frau Abg. Petra Budke (B90/GRÜNE)	20
1. Aussprache über den Beschluss der Regie-		Herr Abg. Domres (DIE LINKE) - Kurzintervention	23
rungschefinnen und -chefs mit der Bundes-		Frau Abg. Petra Budke (B90/GRÜNE)	24
kanzlerin „Bekämpfung der SARS-Cov2-Pan-		Ministerin für Soziales, Gesundheit, Integration	
demie“	2	und Verbraucherschutz Nonnemacher	24
Entschließungsantrag		Herr Abg. Dr. Berndt (AfD) - Persönliche Erklä-	
der Fraktion DIE LINKE		rung	26
Drucksache 7/2263		Anlagen	
Entschließungsantrag		Gefasster Beschluss.....	27
der BVB / FREIE WÄHLER Fraktion		Anwesenheitsliste.....	28
Drucksache 7/2264		Alle mit einem * gekennzeichneten Redebeiträge sind	
Entschließungsantrag		von der Rednerin oder vom Redner nicht überprüft	
der SPD-Fraktion,		(lt. § 95 der Geschäftsordnung).	
der CDU-Fraktion und		Aufgrund der wegen der Corona-Krise veränderten Be-	
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		dingungen im Plenarsaal wurden Beifallsbekundungen	
Drucksache 7/2266		und Zurufe nur bedingt aufgenommen.	
Entschließungsantrag			
der AfD-Fraktion			
Drucksache 7/2267			
Ministerpräsident Dr. Woidke	2		
Herr Abg. Dr. Berndt (AfD)	4		
Herr Abg. Stohn (SPD).....	6		
Herr Abg. Hohloch (AfD) - Kurzintervention.....	8		
Herr Abg. Stohn (SPD).....	8		
Herr Abg. Walter (DIE LINKE).....	9		
Herr Abg. Dr. Berndt (AfD) - Kurzintervention.....	12		
Herr Abg. Walter (DIE LINKE).....	12		
Herr Abg. Dr. Redmann (CDU)	13		
Herr Abg. Vida (BVB/FW)	15		

Beginn der Sitzung: 10.00 Uhr**Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:**

Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie herzlich zur 23. Sitzung des Landtages Brandenburg. Ich begrüße auch die Zuschauerinnen und Zuschauer außerhalb des Saals, die unsere Plenarsitzung mitverfolgen.

Gestatten Sie mir bitte zu Beginn eine Geste des Mitgefühls einerseits und der Mahnung an uns selbst andererseits. Gestern starben drei Menschen bei einem Messerangriff in der Basilika „Notre-Dame“ in Nizza. Der Geschichtslehrer Samuel Paty wurde am 17.10. in Paris vor seiner Schule ermordet. Am 04.10. wurde ein Mann aus NRW in Dresden Opfer einer Messerattacke; sein Partner überlebte. Nizza, Paris, Dresden - zutiefst erschütternde und sinnlose Morde in den letzten Tagen! Es wird ein terroristischer Hintergrund vermutet. Lassen Sie uns gemeinsam durch eine antiterroristische Haltung ein Zeichen für Demokratie, Religionsfreiheit und Menschenwürde setzen!

Meine Damen und Herren, die heutige Sondersitzung des Landtages Brandenburg findet auf Antrag von 19 Abgeordneten gemäß § 17 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Landtags Brandenburg statt. Der von den Antragstellerinnen und Antragstellern benannte Beratungsgegenstand - Aussprache über den Beschluss der Regierungschefinnen und -chefs mit der Bundeskanzlerin „Bekämpfung der SARS-CoV2-Pandemie“ - wurde Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sondersitzung mitgeteilt. Gibt es von Ihrer Seite Bemerkungen zum Entwurf der Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Tagesordnung abstimmen. Wer ihr zustimmt, den bitte um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist die Tagesordnung einstimmig beschlossen.

Für den heutigen Sitzungstag wurden Abwesenheiten von Herrn Vizepräsidenten Galau sowie von den Damen und Herren Abgeordneten Fortunato, Wernicke, Kalbitz und Senftleben angezeigt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung informiere ich Sie darüber, dass die AfD-Fraktion in ihrer Sitzung am 27. Oktober 2020 Herrn Abgeordneten Dr. Christoph Berndt zum Fraktionsvorsitzenden gewählt hat.

Des Weiteren informiere ich Sie darüber, dass sich der Sonderausschuss Strukturentwicklung in der Lausitz am 29. September 2020 konstituiert und Herrn Abgeordneten Wolfgang Roick zum Ausschussvorsitzenden sowie Herrn Abgeordneten Prof. Dr. Michael Schierack zum stellvertretenden Ausschussvorsitzenden gewählt hat.

Das Oberverwaltungsgericht hat am 28. Oktober 2020 die Beschwerde der Abgeordneten der AfD-Fraktion gegen den Beschluss des Verwaltungsgerichts vom 24. September 2020 zurückgewiesen. Meine Allgemeinverfügung vom 21. September 2020 gilt somit unverändert fort.

Meine Damen und Herren, 18 681 Corona-Infizierte in den letzten 24 Stunden; laut WHO sind weltweit fast 1,2 Millionen Menschen mit oder an Corona gestorben. Ich danke Ihnen dafür, dass Sie zu der kurzfristig einberufenen Sondersitzung gekommen sind, und rufe Tagesordnungspunkt 1 auf.

TOP 1: Aussprache über den Beschluss der Regierungschefinnen und -chefs mit der Bundeskanzlerin „Bekämpfung der SARS-CoV2-Pandemie“

Entschließungsantrag
der Fraktion DIE LINKE

[Drucksache 7/2263](#)

Entschließungsantrag
der BVB / FREIE WÄHLER Fraktion

[Drucksache 7/2264](#)

Entschließungsantrag
der SPD-Fraktion,
der CDU-Fraktion und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 7/2266](#)

Entschließungsantrag
der AfD-Fraktion

[Drucksache 7/2267](#)

Es spricht Ministerpräsident Dr. Woidke für die Landesregierung zu uns. - Bitte schön.

Ministerpräsident Dr. Woidke:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Deutschland - und damit auch Brandenburg - ist in der schwierigsten und gefährlichsten Situation seit Beginn der Corona-Pandemie. Ich danke Ihnen sehr, dass es heute möglich ist, diese Sondersitzung des Parlaments abzuhalten. Das gibt mir die Gelegenheit, Sie und damit auch die breite Öffentlichkeit erstens über die Beschlüsse der gemeinsamen Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit der Bundesregierung vom Mittwoch zu unterrichten, zweitens hier im Hohen Haus über die sich für Brandenburg daraus ergebenden Konsequenzen zu diskutieren und drittens auf die für heute Nachmittag angesetzte außerordentliche Kabinettsitzung einzugehen. Auf dieser Kabinettsitzung wollen wir die neue Eindämmungsverordnung beschließen. Die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz werden von der Landesregierung in Landesrecht umgesetzt. Die aktualisierte Verordnung soll - wie auch in den anderen 15 Bundesländern - ab Montag, dem 2. November, bis zum Ende des Monats November gelten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Umsetzung der Beschlüsse in Landesrecht muss sorgfältig, aber zugleich schnell erfolgen. Das ergibt sich aus der Situation, in der wir uns befinden. Umso wichtiger ist uns aber heute hier die parlamentarische Debatte. Umso wichtiger sind aber auch - neben dieser parlamentarischen Debatte - die laufenden Beratungen mit der Kommunalpolitik in Brandenburg und die Wortmeldungen aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es braucht jetzt eine gemeinsame nationale Kraftanstrengung, um erfolgreich zu sein. Aber diese Kraftanstrengung reicht nicht als gemeinsame Kraftanstrengung der Regierungen. Es braucht viel mehr als das: Es braucht die Unterstützung der großen Mehrheit der Bevölkerung, denn eines ist völlig klar: Wir werden im Kampf gegen die zweite Welle der Pandemie nur erfolgreich sein, wenn die von Bund und

Ländern beschlossenen Maßnahmen von der großen Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen und auch umgesetzt und gelebt werden.

Sie alle kennen die Zahlen aus den letzten Tagen, und diese Zahlen sprechen leider eine sehr deutliche Sprache. Die Zahl der Neuinfektionen ist besorgniserregend angestiegen. Auch die Zahl der auf Intensivstationen betreuten Corona-Kranken ist leider besorgniserregend angestiegen. Dazu gehört auch, dass das Robert Koch-Institut ca. 75 % der Infektionen keinen speziellen Ansteckungsort mehr zuordnen kann. Binnen einer Woche haben sich sowohl die Infektionszahlen als auch die Zahl der belegten Intensivbetten verdoppelt. Eine akute medizinische Notsituation in ganz Deutschland zeichnet sich ab.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Dynamik der pandemischen Entwicklung wird auch unser Land, wird auch Deutschland überfordern, wenn wir ihr nicht mit aller Kraft entgegenreten. Wir sind gut beraten, uns auch in den Debatten an die Fakten zu halten und aus ebendiesen Fakten, aus diesen Zahlen die richtigen Schlüsse zu ziehen. Oberstes Ziel muss sein, die Infektionsdynamik zu unterbrechen. Dazu müssen wir besonnen, entschlossen, gemeinsam, aber auch schnell handeln. Diese Einschätzung ist Konsens unter den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten gemeinsam mit der Bundesregierung gewesen.

Auf dieser Grundlage haben wir Länderinteressen und regionale Unterschiede bewusst zurückgestellt und deutschlandweit einheitliche Beschlüsse gefasst. All diese Maßnahmen zielen darauf, zwischenmenschliche Kontakte zu reduzieren; denn nur wenn wir in Kontakt treten, kann das Virus weitergegeben werden. Deshalb muss unser Ziel sein, diese Kontakte erneut auf ein Minimum zu reduzieren.

Ich bin mir vollkommen darüber im Klaren, dass wir mit der Forderung, Kontakte weitgehend zu reduzieren, unsere freiheitliche, offene und demokratische Gesellschaft gewissermaßen einer ihrer Grundlagen berauben. Wir setzen auf das Miteinander und fordern zugleich, dieses Miteinander mit Abstand zu leben. Das klingt nicht nur paradox, es ist auch ein Stück weit paradox. Es ist trotzdem notwendig - befristet und mit Augenmaß -, und ich halte es für machbar.

Dazu haben wir einen Maßnahmenkatalog verabredet, den Sie bereits aus den Medien kennen, den ich hier aber noch einmal in aller Kürze darstellen möchte:

Gastronomiebetriebe werden geschlossen und dürfen lediglich die Lieferung und das Abholen von Speisen für den Verzehr zu Hause anbieten. Kantinen dürfen weiterhin öffnen.

Freizeit- und Kultureinrichtungen wie Kinos, Theater, Fitnessstudios, Schwimmhallen und andere sollen ebenfalls schließen. Unterhaltungsveranstaltungen werden untersagt. Auch der Freizeit- und Amateursport, zum Beispiel im Verein, wird untersagt. Profisportveranstaltungen dürfen nur ohne Zuschauer stattfinden.

Touristische Übernachtungsangebote im Inland sind nicht erlaubt. Beherbergung im Falle zwingender Dienstreisen ist gestattet.

Groß- und Einzelhandel bleiben unter Auflagen geöffnet. Dienstleistungsbetriebe im Bereich der Körperpflege bleiben geschlossen; ausgenommen hiervon sind Friseursalons.

Für Bürgerinnen und Bürger gilt - und das ist, glaube ich, das Wichtigste -: Kontakte in der Öffentlichkeit sowie Feiern auf Plätzen und in Wohnungen werden reglementiert und kontrolliert. Private Reisen, auch zu Verwandten, sollen möglichst unterlassen werden.

All diese Maßnahmen haben wir sorgfältig und verantwortungsbewusst abgewogen. Wir haben die Erfahrungen aus dem Shutdown im Frühjahr und aus der Lockerung im Sommer einbezogen, besonders die sozialen Folgen, die die damaligen Maßnahmen hatten. Natürlich haben wir heute andere Erkenntnisse und mehr Erkenntnisse aus der Wissenschaft über das Covid-19-Virus sowie seine Ausbreitung und Eindämmung, und auch diese neuen Erkenntnisse haben wir berücksichtigt.

Zwei Schlussfolgerungen aus dem Frühjahr sind mir besonders wichtig:

Kitas und Schulen sollen offen bleiben und höchstens in Einzelfällen anlassbezogen und befristet geschlossen werden. Ich glaube, das ist für alle Kinder und Jugendlichen sowie für ihre Eltern und damit für das wirtschaftliche und private Leben, aber auch für die Zukunft unseres Landes immens wichtig.

Kranke, Pflegebedürftige, Seniorinnen und Senioren, Menschen mit Behinderungen sollen besonders geschützt werden, zugleich aber weiterhin möglichst weitgehend am öffentlichen Leben teilhaben können, vor allem über Besuchsmöglichkeiten seitens ihrer Familien.

Die verabredeten Maßnahmen sind hart. Aber die verabredeten Maßnahmen sind geeignet, sie sind leider erforderlich, und sie sind auch verhältnismäßig. Doch weiß ich genau, dass die erneuten und verstärkten Einschränkungen des öffentlichen Lebens harte Einschränkungen für die gesamte Brandenburger Bevölkerung und für große Teile unserer Wirtschaft bedeuten. Deshalb gibt es zunächst diese zeitliche Befristung auf den Monat November. Deshalb ist auch fest vereinbart, bereits nach zwei Wochen die Wirksamkeit der Maßnahmen zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen.

Viele Einrichtungen, gerade in der Gastronomie, in Kultur und Sport, haben sehr gute und sehr wirksame Hygienekonzepte entwickelt. Die Betreiber und Veranstalter sind enttäuscht, dass es damit aktuell leider nicht getan ist, und sie haben große Existenzsorgen. Das verstehe ich nur zu gut. Auch in dieser Hinsicht haben wir aus dem Frühjahr und dem Sommer gelernt: Unternehmen und Einrichtungen, die von den temporären Schließungen erfasst werden, lassen wir nicht allein.

Der Bund hat zugesichert, dass von den Einschränkungen wirtschaftlich direkt betroffene Unternehmen bis zu 75 % ihrer Umsätze des entsprechenden Vorjahresmonats erstattet bekommen. Dafür sind im Bundeshaushalt bis zu 10 Milliarden Euro zusätzlich vorgesehen. Bestehende Hilfsmaßnahmen für Unternehmen und Einrichtungen, die auch weiterhin erhebliche Einschränkungen ihres Geschäftsbetriebs hinnehmen müssen, werden verlängert. Das gilt etwa für den Bereich der Kultur- und Veranstaltungswirtschaft, und es gilt auch für die Solo-Selbstständigen.

Nicht zuletzt haben wir gelernt, dass wir es gegenüber allen, die im Gesundheitssystem und in der Pflege arbeiten, nicht bei Dank und Beifall für ihr außergewöhnliches Engagement belassen dürfen. Das Pflegepersonal muss vor übergroßen Belastungen geschützt werden, aber auch Arbeitsbedingungen und Einkommen müssen verbessert werden. Mit dem aktuellen Tarifabschluss für

den öffentlichen Dienst ist ein erster Schritt in die richtige Richtung getan.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir beschäftigen uns oft - aus meiner Sicht viel zu oft - mit denen, die meinen, dass für sie die Regeln nicht gelten, die damit sich, aber leider auch andere in Gefahr bringen. Ich glaube, es ist an der Zeit, all denen zu danken, die sich in unserem Land an die Regeln halten, die Einschränkungen des öffentlichen Lebens und ihres privaten Lebens in Kauf nehmen und die jeden Tag mit ihrer Arbeit dazu beitragen, dass unser Land trotz dieser Einschränkungen weiterläuft. Deswegen an dieser Stelle noch einmal ganz, ganz herzlichen Dank!

Ich bin überzeugt, dass der Weg, den wir leider gehen müssen, der richtige Weg ist, und ich appelliere an alle Brandenburgerinnen und Brandenburger, dass wir diesen Weg weiterhin in Brandenburger Tradition gemeinsam gehen. Es ist kein einfacher Weg; das ist mir klar. Zugleich bin ich zuversichtlich, dass wir diese große gemeinsame Kraftanstrengung meistern und auch die zweite Welle der Pandemie brechen können. Wir alle gemeinsam können dieser Welle ihre Kraft nehmen.

Dazu müssen wir für eine überschaubare Zeit leider auf vieles verzichten. Das macht keine Freude, aber es ist machbar. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben es im Frühjahr schon einmal geschafft. Disziplin, Geduld und Verantwortungsbewusstsein der Menschen haben dazu geführt, dass wir damals, am 15. April, auf der Ministerpräsidentenkonferenz feststellen konnten: Die Dynamik der Infektion ist gebrochen; unser Gesundheitssystem wird nicht überfordert. - Ich bin überzeugt: Gemeinsam schaffen wir das auch jetzt, gemeinsam brechen wir auch die zweite Welle. - Herzlichen Dank.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. - Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Berndt für die AfD-Fraktion. Bitte.

Herr Abg. Dr. Berndt (AfD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident und Kollege Abgeordneter Dr. Woidke! Beinahe auf den Tag genau vor sieben Monaten haben Sie hier im Landtag schon einmal eine Reihe einschneidender Maßnahmen im Kampf ausnahmsweise nicht gegen Rechts, sondern gegen die Corona-Pandemie verkündet, und damals gab es vor dem Hintergrund angsteinflößender Bilder aus China und Italien im Land und im Landtag allgemeine Zustimmung zum angekündigten Regierungshandeln. Auch unsere Fraktion stimmte zu - zwar unter Verweis auf die zu achtenden Grundrechte, aber wir stimmten zu. Das ist Vergangenheit. Wir haben uns auseinandergeliebt, Herr Woidke und sehr geehrte Regierung.

Und wenn Sie heute mit anderen Worten nichts anderes, sondern nur Schlimmeres vortragen, sagen wir Ihnen keine Unterstützung mehr zu. Wir widersprechen Ihnen.

Ihre Corona-Politik ist falsch und richtet Schaden an. Wie die am 28. Oktober gefassten Beschlüsse beweisen, werden Sie aus dem längst angerichteten Schaden nicht klug, sondern vermehren ihn von Woche zu Woche, von Verordnung zu Verordnung, von Seuchen-Kabinett zu Seuchen-Kabinett.

Damit, sehr geehrte Damen und Herren der Landesregierung, verletzen Sie Ihren Amtseid. Zigtausend denkende Menschen im

Land und Millionen denkende Menschen im Bund haben Angst, mache, Bevormundung und staatliche Übergriffigkeit gründlich satt. Die Beschlüsse vom 28. Oktober sind unbegründet, unrichtig und unrecht. Sie sind unbegründet, weil sich die Annahmen nicht bewahrheitet haben, die im Frühjahr zum Bundestagsbeschluss über die epidemische Lage von nationaler Tragweite und zur Eindämmungsverordnung hier in Brandenburg geführt hatten. Noch einmal, weil es so wichtig ist: Die Schadensprognosen zur Covid-19-Erkrankung haben sich nicht bewahrheitet. Covid-19 hat keine Übersterblichkeit verursacht. Allein deswegen fehlt dem neuerlichen Lockdown jede Rechtfertigung.

Am 14. Oktober wurde im Bulletin der Weltgesundheitsorganisation ein Artikel des namhaften Epidemiologen John Ioannidis online gestellt, der in überarbeiteter Version am 13.09.2020 eingereicht worden war. Die Auswertung von mehr als 61 großen Studien weltweit zeige, so Ioannidis, dass die Fallsterblichkeit von Covid-19 - ich zitiere - „weit niedriger ist als zu Beginn der Pandemie vermutet“. Sie ist regional verschieden: Sie liegt in Ländern mit weniger als 118 Covid-19-Toten pro 1 Million Einwohner bei 0,09 % und in Ländern mit 118 bis 500 Covid-19-Toten pro 1 Million Einwohner bei 0,2 %. Dabei gibt es eine starke Altersabhängigkeit: Die Fallsterblichkeit liegt bei unter 70-Jährigen weltweit zwischen 0 und 0,31 % mit einem Median von 0,05 %. Covid-19, meine Damen und Herren, und das ist eine gute Nachricht - warum wird diese gute Nachricht nicht verbreitet? -, ist nicht die Spanische Grippe.

Demzufolge konnte Gesundheitsministerin Ursula Nonnemacher am 15. April erklären:

„Wir sind nicht im Entferntesten an irgendeiner Kapazitätsgrenze.“

Von dieser Datenlage aus könne man guten Gewissens gestuften Lockerungen entgegensetzen, „die an manchen Stellen etwas mutiger hätten ausfallen können“.

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen! Von einer Überforderung unseres Gesundheitswesens waren wir das ganze Jahr über weit entfernt und, Herr Ministerpräsident, wir sind es auch im Oktober. Zurzeit sind in Deutschland etwa 1 600 von 29 000 ITS-Betten mit Covid-19-Patienten belegt. Das sind 6 %. In Brandenburg werden etwa 20 Covid-Patienten beatmet, sie beanspruchen 2 % der Kapazität.

Es gab und es gibt keine epidemische Lage nationaler Tragweite in Deutschland oder in Brandenburg. Dass die diesbezügliche Feststellung nicht längst vom Bundestag zurückgenommen wurde, ist skandalös. Denn soll der Begriff der epidemischen Lage nationaler Tragweite überhaupt einen rationalen Kern haben, dann bezeichnet er doch wohl eine Überforderung unseres Gesundheitssystems.

An dieser Bewertung ändern auch die nun seit Wochen alarmistisch vermeldeten steigenden Zahlen nichts. Was uns täglich vom RKI übermittelt wird, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sind zunächst einmal positive PCR-Tests, deren Ergebnisse insbesondere dann falsch sein können, wenn ungezielt getestet wird. Wenn inzwischen mehr als 1 Million Tests pro Woche und damit zehnmal so viele Tests wie im Frühjahr durchgeführt werden, ist es sehr fraglich, ob gezielt getestet wird. Dennoch spricht einiges für einen tatsächlichen Anstieg der Infektionen mit dem SARS-Coronavirus 2. Das ist aber zu Beginn des Winterhalbjahres nichts völlig Unerwartetes und für sich genommen keine Rechtfertigung für irgendeinen Lockdown.

In dem gemeinsamen Positionspapier der Kassenärztlichen Bundesvereinigung und vieler Ärzteverbände vom 28. Oktober heißt es:

„Bedingt durch die Saisonalität des Infektionsgeschehens, die Verlagerung der Aktivitäten von draußen nach drinnen sowie die erhöhte Infektanfälligkeit in den Herbst- und Wintermonaten ist mit höheren Fallzahlen als im Frühjahr und im Frühsommer zu rechnen.“

Wieder auf Lockdowns zu setzen, könnte - in der Hoffnung, Infektionszahlen zu senken - die reflexartige Konsequenz daraus sein. Aber wir haben in den Monaten der Pandemie deutlich dazugelernt. [...] Wir berufen uns auf das grundlegende medizinisch-ethische Prinzip des ärztlichen Handelns: ‚primum nihil nocere‘ - ‚erstens nicht schaden‘. Dieser Grundsatz, auf die momentane Situation angewendet, bedeutet, die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie so zu wählen, dass wir schwere Verläufe wirksam mindern, ohne neue Schäden zu verursachen.“

Genau das, sehr geehrter Herr Woidke und sehr geehrte Landesregierung, tun Sie nicht. Das Seuchen-Kabinetts im Kanzleramt administriert nach der Art des Politbüros und verfügt unsinnige und - was noch schlimmer ist - schädliche Maßnahmen. Ich zitiere:

„Wir erleben bereits die Unterlassung anderer dringlicher medizinischer Behandlungen, ernst zu nehmende Nebenwirkungen bei Kindern und Jugendlichen durch soziale Deprivation und Brüche in Bildungs- und Berufsausbildungsgängen, den Niedergang ganzer Wirtschaftszweige, vieler kultureller Einrichtungen und eine zunehmende soziale Schieflage als Folge.“

Dies beklagt das oben genannte Positionspapier vom 28. Oktober.

Genau an diesem Tag, am 28. Oktober, beschließen Sie, Gaststätten zu schließen, obwohl nichts dafürspricht, dass Gaststätten das Infektionsgeschehen antreiben, worauf Sie sogar vom RKI hingewiesen wurden. Sie fordern die Unterbrechung sozialer Kontakte - Sie haben diese Forderung eben wiederholt -, Sie verbieten Freizeit- und Amateursport, Sie verbieten Theater-, Opern- und Tanzveranstaltungen. Damit ruinieren Sie nicht nur unzählige wirtschaftliche Existenzen.

Sie schaffen eine Atmosphäre der Freudlosigkeit und machen vielen Menschen Angst. Dass Sie Angst machen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident und sehr geehrte Damen und Herren, macht krank. Man muss kein Arzt sein und nicht die Definition der WHO, wonach Gesundheit der Zustand völligen körperlichen, seelischen und sozialen Wohlbefindens ist, teilen, um zu verstehen, dass diese Angstmache schadet.

Sie muten den Kindern eine Maskenpflicht in Schulen - womöglich sogar im Unterricht - und kalte Klassenzimmer zu. Wo leben Sie? Oder sollte ich fragen: Wie leben Sie? Wie abgehoben leben Sie? Oder werden Sie mit Frau Merkel und Ihrem Kabinetts im Winter in kalten Räumen konferieren?

Herr Woidke, Sie waren doch im Verteiler der E-Mail, die Ihr Parteigenosse Stephan Kohn bereits am 8. Mai an alle Ministerpräsidenten und den Bundesinnenminister versandte und in der er eindringlich darauf hinwies, dass die Kollateralschäden der

Corona-Maßnahmen längst jeglichen möglichen Nutzen überstiegen haben. Haben Sie darüber im Kabinetts beraten? Haben Sie Herrn Kohn zum Gespräch eingeladen? Oder haben Sie seine Warnungen einfach ignoriert und finden es vielleicht sogar gut, dass er wegen des Memorandums aus dem Dienst entfernt wurde?

Damit sind wir beim Unrecht Ihrer Corona-Politik. Dutzende gerichtliche Eilentscheidungen gegen Corona-Auflagen, Juristen, die die Rechtswidrigkeit Ihres Vorgehens im Landtag herausstellen - aber Sie machen ungerührt weiter. Wie anders denn als eine Simulation sollen wir diese Aussprache hier im Landtag über die am 28. Oktober beschlossenen Maßnahmen verstehen? Finden Sie es angemessen, parlamentarische Demokratie als Puppentheater aufzuführen? Sehr geehrter Herr Woidke, wäre der Abgeordnete in Ihnen aus Fleisch und Blut, er hätte dem Ministerpräsidenten ein Schauspiel wie das heutige nicht durchgehen lassen. Aber der Abgeordnete Woidke hat sich nicht gegen den Ministerpräsidenten Woidke gewehrt. Das sagt viel über Ihr Rollenverständnis. Herr Kollege Woidke, seien Sie bitte konsequent und treten Sie von Ihrem Abgeordnetenmandat zurück!

Mehr noch als die Parlamente leiden die Bürger unter Einschränkungen ihrer Rechte und Freiheiten durch die Corona-Kirche und ihren weltlichen Arm. Denken wir daran, wie unerbittlich das Sakrament der Maskenpflicht auf Demonstrationen, im Alltag und auch hier im Landtag durchgesetzt wird, und denken wir an den Sturm der Entrüstung, der den Präsidenten der Bundesärztekammer heimsuchte, als er wagte, Zweifel zu äußern. Bloß gut, dass er bald widerrief; die vielen Scheiterhaufen im Land sind nicht gut für unsere CO₂-Bilanz.

Aber die Farce, meine Damen und Herren, wird brandgefährlich, wenn laut darüber nachgedacht wird, zur Durchsetzung von Corona-Regeln Polizei in Wohnungen zu schicken. Solche Überlegungen können überhaupt nur dort angestellt werden, wo das Prinzip der Freiheit und der Eigenverantwortung der Bürger zur Disposition gestellt wird und wo uns der vormundschaftliche Staat grüßt. Er grüßt uns 30 Jahre nach der deutschen Einheit beunruhigend oft, Herr Ministerpräsident und sehr geehrte Damen und Herren hier im Landtag. Jahrzehnte in der Regierung bleiben eben nicht ohne Spuren. Das sage ich nicht, um mich zu erheben - denn ich selbst habe mich schon nach einem Jahr im Landtag an die Tiefgarage gewöhnt, die mich von der nervigen Parkplatzsuche außerhalb dieses Gebäudes befreit -, ich sage es aus Sorge um unsere Demokratie.

So ist die Auseinandersetzung mit Ihrer Corona-Krisenpolitik kein medizinischer Disput, sondern eine Auseinandersetzung über den Rang der Freiheits- und Bürgerrechte hierzulande. Ihre Corona-Politik stellt diese Rechte zur Disposition - wir verteidigen sie. Sie setzen auf den vormundschaftlichen Staat - wir setzen auf den mündigen Bürger. Deshalb fordern wir heute in unserem Entschließungsantrag: Schluss mit der Panikmache, Schluss mit dem Lockdown, maßvoller Schutz von Risikogruppen und Respekt vor der Eigenverantwortung der Bürger!

„Freiheit ist ein Gut, das durch Gebrauch wächst, durch Nichtgebrauch dahinschwindet.“

Nehmen wir uns diese Worte von Carl Friedrich von Weizsäcker zu Herzen und geben der Freiheit den ihr gebührenden Platz - den ersten.

Zum Entschließungsantrag der Linken werden wir uns enthalten, weil die Forderungen zum Teil in Ordnung sind, aber die Feststellungen nicht.

Dem Entschließungsantrag der Freien Wähler werden wir zustimmen, auch wenn er nur einen kleinen Bereich der notwendigen Maßnahmen erfasst. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Abgeordneter Dr. Berndt, nur der Ordnung halber möchte ich feststellen, dass Herr Dr. Woidke als Ministerpräsident zu uns gesprochen hat. - Als nächster Redner spricht Herr Abgeordneter Stohn für die SPD-Fraktion zu uns.

Herr Abg. Stohn (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Brandenburgerinnen und Brandenburger! Von der Geschwindigkeit in den letzten 48 Stunden sind viele von uns geradezu übermannt. Sie erinnert an das Frühjahr, als sich kurz vor dem Lockdown noch niemand vorstellen konnte, welch einschneidende Maßnahmen ergriffen werden würden. Aber sie haben geholfen! Unsere Disziplin im Frühjahr und im Sommer hat massiv dazu beigetragen, die Kurve abzuflachen.

Diese Erkenntnis müssen wir anwenden, und das heißt: Rückzug ins Private. Passivität und Zuhausebleiben sind jetzt wieder unsere aktivste Waffe gegen das Virus. Disziplin ist keine Verhandlungssache, keine subjektive Auffassung, sondern das Gebot für den November.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Lage ist angespannt, die Zahl der Neuinfektionen steigt täglich und - was noch viel besorgniserregender ist - die Zahl derjenigen, die stationär behandelt und beatmet werden müssen, auch. Das ist gesichert, das ist - schwarz auf weiß - vorhanden. Die Katastrophe wäre erreicht, wenn die Krankenhauskapazitäten nicht mehr ausreichen. Ja, wir sind in Brandenburg bisher in einer glücklichen Lage. Das hat viel mit der Disziplin der Brandenburgerinnen und Brandenburger zu tun und damit, dass sich die überwiegende Mehrheit an einfache Regeln wie Abstand, Masketragen und deutlich mehr Hygiene hielt. Gott sei Dank!

Zu einer Überlastung der Krankenhäuser darf es aber gar nicht erst kommen. Wenn ich das soeben richtig verstanden habe, ist Corona für die AfD kein Problem, solange die Sterblichkeitsrate unten ist. Heißt das, es müssen erst Menschen sterben, damit die AfD bereit ist zu handeln? Das ist schändlich, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir einen schwarzen Dezember haben - weil die Menschen Schwarz tragen, weil es viele Beerdigungen gibt -, ist es zu spät!

Wir können für niemanden Entwarnung geben. Es trifft eben nicht nur Ältere, nicht nur die über 80-Jährigen, sondern es kann jeden von uns treffen. Wir kennen auch junge Menschen, die an Corona schwer erkranken. Wir wissen von Langzeitfolgen. Wir wissen, dass selbst Menschen ohne Vorerkrankung ins künstliche Koma versetzt und an Beatmungsgeräte angeschlossen werden müssen. Wir wissen, dass das Virus sich momentan unkontrolliert ausbreitet und täglich zu neuen Höchstständen schreitet. Deshalb können wir für niemanden Entwarnung geben.

Es ist auch nicht möglich, eine bestimmte Gruppe zu schützen - weil es eben jeden treffen kann. Man kann sich nicht vollständig schützen, sondern nur das Risiko minimieren. Deshalb müssen wir unsere Kontakte jetzt auf das Nötigste reduzieren. Die Kontaktbeschränkungen für die nächsten vier Wochen sind wichtig,

damit die Infektionszahlen wieder sinken. Wir müssen den November nutzen - je besser wir das hinbekommen, desto eher können wir über Öffnungsschritte reden. Aber die Erhaltung unserer Gesundheit hat jetzt oberste Priorität!

Mir ist bewusst, dass das Verzicht bedeutet und Disziplin verlangt, und mir ist vollkommen klar, dass das für viele schmerzliche Einschnitte bedeutet. Ich habe gestern noch Anrufe bekommen von Sporttrainern, die gesagt haben: Könnt ihr nicht wenigstens den Jugendbereich offen lassen? Der ist doch für die Entwicklung so wichtig. - Kulturvertreter haben gesagt: Wir haben uns doch so viel Mühe mit den Hygienekonzepten, mit den Abständen gemacht. - Ich bin traurig, dass diejenigen, die sich an Hygienekonzepten wirklich etwas haben einfallen lassen, in Plexiglas und viele andere Vorkehrungen investiert, ihr Personal geschult, in diesen Sommermonaten - wie unsere Brandenburger Gaststätten und Hotels - das Beste aus der Situation gemacht und sich wirklich reingehängt haben, nun wieder von Einschränkungen und Schließungen betroffen sind.

Nachdem die Deutschen dieses Jahr wenig ins Ausland reisen konnten, haben viele von ihnen die Gelegenheit genutzt, ihr eigenes Land, Brandenburg und Ostdeutschland näher kennenzulernen. Ich fand das - im dreißigsten Jahr der Einheit - sehr gut.

Ich bedanke mich ganz herzlich bei all denen, die sich diese Gedanken gemacht und diese Investitionen vorgenommen haben. Wir wissen: Alle, die Einbußen hinnehmen müssen, haben Anspruch auf Unterstützung. Olaf Scholz und Peter Altmaier garantieren: Es wird für alle von temporären Schließungen betroffenen Unternehmen, Betriebe, Selbstständigen, Vereine und Einrichtungen eine außerordentliche Wirtschaftshilfe geben. - Beim Umgang mit den Hilfen in dieser Krise haben wir schon gelernt: Wir wollen nicht, dass Menschen durchs Raster fallen. Deshalb ist es wichtig, dass - anders als bei den vorangegangenen Wirtschaftshilfen - nicht auf die Betriebskosten, sondern auf die Umsätze geschaut wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Fundament der Brandenburger Wirtschaft sind der Mittelstand und kleine Unternehmen! Auf sie müssen wir unser besonderes Augenmerk legen. Denn sie sind diejenigen, die wir erhalten müssen, um Beschäftigung zu sichern, und damit auch Gewerbesteuern gezahlt werden, wenn es uns wieder besser geht. Deswegen begrüße ich den Vorschlag, dass Unternehmen mit bis zu 50 Mitarbeitern 75 % des Umsatzes des Monats November 2019 erstattet bekommen. Ich finde es auch richtig, dass man bei Solo-Selbstständigen Flexibilität walten lassen will und es für sie ein Wahlrecht gibt, sie also auch den durchschnittlichen monatlichen Vorjahresumsatz als Bezugsrahmen für den Umsatz zugrunde legen können.

10 Milliarden Euro werden dafür in die Hand genommen. Das war in vorherigen Jahren ein durchschnittlicher Landeshaushalt des Landes Brandenburg. Ich begrüße diesen neu gewählten Ansatz, denn dadurch können auch Solo-Selbstständige, Betriebe, Vereine und Unternehmen, die vor allen Dingen Dienstleistungen erbringen und geringe Betriebskosten haben, angemessen entschädigt werden. Es muss schnell, unbürokratisch und existenzsichernd dafür gesorgt werden, dass dies auch bei allen Genannten ankommt.

Und, lieber Dietmar Woidke, ich bin sehr dankbar für den gemeinsamen eindringlichen Appell der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten, dass sie bei diesen Treffen eine gemeinsame, von allen akzeptierte Lageanalyse vorgenommen und - anders als bei vorangegangenen Treffen - gemeinsam agiert

haben. Diese Einhelligkeit und Einstimmigkeit sind wichtig für die Akzeptanz und dafür, diese in der Bevölkerung zu erhalten und zu steigern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Brandenburgerinnen und Brandenburger, die Lage ist dramatischer, als sie sich für manchen anfühlen mag. Sie überrascht viele von uns. Wir haben schon begonnen, uns daran zu gewöhnen, Masken zu tragen, haben uns selbstverständlich in Kontaktlisten eingetragen und hielten Abstand, wo immer es möglich war. Dennoch stiegen die Zahlen.

(Dr. Berndt [AfD]: Ja, warum?!)

- Herr Berndt, ja, genau: Warum? Sie haben sich eben nicht daran gewöhnt, Sie haben es gerade gesagt, und Sie haben sich auch von einem Gericht bestätigen lassen müssen, dass auch hier im Landtag Maskenpflicht gilt.

Nur zwei Wochen ist das letzte Treffen zwischen Bund und Ländern her - an jenen Tagen hat das Robert Koch-Institut 5 000 Neuinfektionen gemeldet. Zwei Wochen später - heute - sind es 18 000 an einem einzigen Tag! Die Zahl der intensivmedizinisch behandelten Covid-19-Fälle verdoppelte sich innerhalb von 14 Tagen. So langsam dämmerte uns, dass wir mit den bisherigen Maßnahmen nicht hinkommen, um die Kurve wie im Frühjahr abzuflachen. „Flatten the curve“ ist das Ziel, und wir brauchen erneut eine Kraftanstrengung, um die Zahl der Infektionen zu senken.

(Dr. Berndt [AfD]: Sie lernen es nicht!)

- Von Ihnen möchte ich auch nichts lernen, Herr Berndt! Sie beziehen sich auf eine ausgewählte Wissenschaft, die Sie hier immer vortragen. - Wir sehen auch, dass die Datenlage zu den Infektionszahlen gering ist. Wir sehen, dass die Gesundheitsämter belastet sind. Deshalb brauchen wir Verstärkung in den Gesundheitsämtern. An dieser Stelle danke ich ganz herzlich den Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, die hier aktuell schon aus helfen. Trotz dieser Hilfe benötigen wir weitere. Ganz herzlichen Dank an die Bundeswehr!

(Beifall)

Auch hier gibt es Gedanken: So könnten zum Beispiel Kurzarbeiter in den Gesundheitsämtern zum Einsatz kommen.

Ich danke allen, die dabei helfen, das Land zusammenzuhalten, die sich an Regeln halten, die durch diese schwere Zeit gemeinsam gegangen sind: den Krankenschwestern, den Medizinern, den Pflegekräften, der Feuerwehr, der Polizei, Lehrerinnen und Lehrern, Kita-Erziehern, Fernfahrern, Einzelhandelsbeschäftigten, Landwirten und auch

(Zuruf: Politiker!)

- das kommt von Ihnen! - Politikern auf kommunaler, Landes- und Bundesebene. Danke an ehrenamtlich Tätige und Nachbarn, die Nachbarn helfen.

(Beifall)

Wir sind entschlossen, das Virus zurückzudrängen. Wir sprechen heute über die Maßnahmen, über die Wege und ringen gemein-

sam um den besten Pfad zur Bekämpfung des Virus. Dieses Ringen ist mühsam, aber wir werden nicht darauf verzichten können, denn wir können das Virus nur gemeinsam und im Miteinander bekämpfen.

Laut des letzten „ZDF-Politbarometers“ sind 83 % der Menschen an unserer Seite. Sie haben Verständnis für die Maßnahmen und tragen sie mit. Für 32 % von ihnen sind die Maßnahmen sogar nicht ausreichend. 15 % hingegen halten die Maßnahmen für zu weitgehend. Dafür, dass diese Zahl nicht größer wird, lohnt sich jede Debatte. Wenn wir ein offenes Ohr haben, die Belastungen und Einschränkungen der Menschen sehen, die Lage differenziert bewerten und stets im Gespräch bleiben, wird uns das gelingen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist auch deswegen nötig, weil wir das Coronavirus unter Wahrung unserer Grundrechte in einer Demokratie bekämpfen. Wir erreichen das nur durch Akzeptanz und niemals durch unverhältnismäßige Einschränkungen.

Ich möchte nicht auf China verweisen müssen, wo Türen zugenagelt wurden und das einfach so akzeptiert wurde, wo Oppositionelle verschwinden. Hier dürfen Sie demonstrieren, auch wenn viele darüber den Kopf schütteln. Sie werden heute noch mit Bernd Höcke auftreten und Ihre Scharlatanerie verbreiten. Wir reden heute hier ...

(Zuruf)

- Sie haben Ihren Beitrag zur Schau gestellt.

(Zuruf: Ist das schlecht!)

Ich trete dem ganz klar entgegen. - Wir reden heute hier, bevor - bevor! - das Kabinett entscheidet!

Die Sondersitzung kann dazu beitragen, das Verständnis zu erhöhen, Wege aufzuzeigen und dafür zu sorgen, dass wir als Gesellschaft zusammenbleiben.

Wir haben heute hier Anträge vorliegen, in denen die unterschiedlichen Fraktionen unterschiedliche Maßnahmen auch in Ergänzung der MPK-Beschlüsse vorschlagen. Wir debattieren heute hier - das ist parlamentarische Demokratie.

(Unruhe im Saal)

Wir werden noch häufiger über Corona reden und reden müssen. Wir wollen ein neues Zusammenspiel von Landesregierung und Landtag in der Pandemiebekämpfung. Wir wollen transparenter gestalten, wie dieser Austausch bisher stattgefunden hat. Und an dieser Stelle sage ich auch einmal ganz herzlich Danke, weil es natürlich eine Zeit der enormen Schnelligkeit, der schnellen Entscheidungen ist, die an vielen Stellen auch mit großem Verständnis von der demokratischen Opposition, die hier mitwirkt, die hier konstruktive Vorschläge einbringt, die uns auch treibt, die uns auf Dinge aufmerksam macht, getragen wird. Ganz herzlichen Dank allen stellvertretend für Ihre Fraktion: Kathrin Dannenberg, Sebastian Walter, Thomas Domres, Péter Vida und Frau Wernicke sowie den anderen Vertretern. Vielen Dank dafür!

Landesregierung und Landtag wollen gemeinsam Verantwortung für die Bewältigung der coronabedingten Herausforderungen tragen. Wir werden ein parlamentarisches Beteiligungsgesetz erar-

beiten, um den Landtag stärker in die Pandemiebekämpfung einzubeziehen. Das ist anstrengend. Aber lieber eine Debatte mehr, als dass Maßnahmen erst durch Gerichtsentscheidungen korrigiert werden müssen. Wir brauchen Sachlichkeit, Informationen und Kenntnisse. Wir müssen mit dem Virus leben, es ist unter uns, und es wird nicht einfach verschwinden. Aber aktuell hat das Virus zu viel Platz. Jetzt müssen wir zunächst Kontakte reduzieren, unnötige Reisen unterlassen und Freude und Freunde woanders finden als auf einem guten Konzert. Lassen Sie uns gemeinsam - gemeinsam! - daran arbeiten, dass die Zahlen sinken und dies die letzten einschneidenden Maßnahmen sind, die wir beschließen.

Ich möchte keine Schule und keine Kita mehr geschlossen sehen. Anders als im Frühjahr bleiben diese offen.

(Zuruf: Unter welchen Bedingungen?!)

Das haben wir gelernt, und ich hoffe, dass wir nie wieder an diesen Punkt gelangen. Machen wir uns aber nichts vor: Auf so manchem Stundenplan steht: Klasse 6a, 7b und 9c sind in Quarantäne.

Ich bin dankbar für die Digitalpaktmittel des Bundes für digitale Endgeräte für Schüler aus einkommensschwachen Familien und Lehrer, für Laptops und für digitale Hausmeister. Doch wir brauchen im Bildungsbereich den großen Schub. Wir werden auch als Land Brandenburg hierfür noch einmal deutlich mehr finanzielle Mittel in die Hand nehmen müssen.

(Zuruf)

- Nein, Herr Berndt, heute ist noch nicht Weihnachten! - Und - dessen sind wir uns bewusst - es wird ein sehr grauer November. Wir tun dies, weil wir eine bunte Adventszeit haben wollen und eben keinen schwarzen Dezember. Das möchten wir erreichen, das möchten wir gemeinsam mit den Brandenburgerinnen und Brandenburgern erreichen. Deshalb werbe ich um Ihre Akzeptanz und Ihre Zustimmung. Lassen Sie uns gemeinsam durch diese Krise schreiten! Lassen Sie uns zusammenbleiben! Nur dann kann es uns gelingen. - Vielen Dank.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. - Es wurde eine Kurzintervention vom Abgeordneten Hohloch angemeldet.

(Das Rednerpult wird desinfiziert)

Einen kleinen Moment bitte. - Bitte schön.

Herr Abg. Hohloch (AfD):

Ja, Herr Stohn, ich bin immer wieder erstaunt, wie tief Sie beim Niveaulimbo kommen - irgendwie wird es ja immer schlimmer. Vielleicht sollte die SPD langsam einmal überlegen, die Spitze neu zu formieren - das kann ganz gut funktionieren.

(Zurufe)

Ich komme noch einmal auf drei Äußerungen, die Sie hier getätigt haben, zurück: Herr Stohn, Sie haben gesagt, Ihre Maßnahmen hätten geholfen. Die Frage ist: Wo? Hätten die Maßnahmen gegriffen, wären wir heute nicht, wo wir sind.

Ich will ein Beispiel nennen, das Gastronomiegewerbe: Welche Maßnahmen mussten denn unsere Gastronomen und Hoteliers ergreifen? Sie mussten dafür sorgen, dass der Abstand eingehalten wird, sie mussten die Gästezahl reduzieren, sie mussten Hygienemaßnahmen ergreifen, Hygienekonzepte schreiben, sie mussten ihre Gäste registrieren lassen, und zum Schluss mussten sie massiv in Zelte, Heizpilze, gegebenenfalls auch in Belüftungssysteme investieren. Und was war das Ende der Odyssee? Dass Sie ihnen ein Berufsverbot auf jeden Fall bis Ende November aussprechen! Herzlichen Glückwunsch für diese herausragende Politik, die Sie hier im Landtag immer vollführen!

Ein anderes Zitat von Ihnen lautet: „Disziplin ist keine Verhandlungssache.“ - Wo leben Sie eigentlich und wes Geistes Kind sind Sie? Alles in der Demokratie steht zur Verhandlung. Deswegen treffen wir uns hier, deswegen verhandeln wir über etwas. In dem Fall verhandeln wir natürlich nicht, weil es uns schon vorgelegt und beschlossen wurde. Aber diese Zurschaustellung erfolgt wenigstens noch.

Das letzte Zitat von Ihnen, auf das ich eingehe, lautet: Es müssen erst Menschen sterben, damit die AfD handelt. - Entschuldigung! Die Menschen sterben nicht wegen der AfD. Die Menschen sterben wegen Ihres Lockdowns! Sie sterben deswegen, weil alte Menschen sich wegen Ihrer Panikmache nicht mehr trauen, zum Arzt zu gehen! Sie sterben deswegen, weil keine Intensivbetten mehr im Großen und Ganzen vorgehalten werden! Davon kann ich ein Lied singen: Ich konnte nicht einmal in Potsdam behandelt, sondern musste nach Berlin transportiert werden.

(Zuruf: Das hatte aber andere Ursachen!)

Und die Rettungsdienstmitarbeiter sagten mir, dass Leute aus Potsdam erst nach Neuruppin verlegt werden müssen, um intensivmedizinisch behandelt werden zu können. Entschuldigen Sie, das sind Auswirkungen Ihrer Politik und nicht unserer!

(Ministerpräsident Dr. Woidke: Peinlich, peinlich!)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Stohn, ich gehe davon aus, dass Sie reagieren möchten. - Bitte schön.

Herr Abg. Stohn (SPD):

Herr Hohloch, dass Sie ins Krankenhaus mussten, ist nicht Auswirkung unserer Politik, sondern die der AfD und des Umgangs der AfD-Abgeordneten miteinander. Sie können froh sein, dass Sie Ihre „freundliche Begrüßung“ zu einem Zeitpunkt erhalten haben, zu dem die Krankenhauskapazität wirklich sehr gut war. Wenn wir hier nicht handeln, wenn wir erst warten, bis die Sterblichkeitsrate, die Herr Berndt sehen will, jener der Spanischen Grippe ähnelt, dann ist es viel zu spät - viel zu spät!

(Zurufe)

- Da können Sie sich aufregen, wie Sie wollen! Wir wissen, was dahintersteckt. Der Mann hinter Gauland hat es deutlich gemacht:

„Je schlechter es Deutschland geht, desto besser ist es für die AfD. [...] Wenn jetzt alles gut laufen würde [...], dann läge die AfD bei 3 %. Wollen wir nicht. Deshalb müssen wir uns eine Taktik überlegen [...].“

Das ist ein Zitat des Pressesprechers der AfD-Bundestagsfraktion - ich glaube, mittlerweile ist er es nicht mehr. Aber er ist derjenige, der immer ganz dicht hinter Ihrem Ehrenvorsitzenden Alexander Gauland stand. - Herzlichen Dank.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Wir setzen die Aussprache fort.

(Der Abgeordnete Stohn [SPD] verlässt das Rednerpult, ohne seine Maske aufzusetzen. - Zuruf: Was soll denn das - ohne Maske! Wo ist denn Ihre Maske? - Unruhe)

Meine Damen und Herren, wir setzen die Aussprache fort. Für die Fraktion DIE LINKE hat der Abgeordnete Walter das Wort, und ich darf Sie bitten, dem auch Gehör zu schenken. - Bitte schön.

Herr Abg. Walter (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wissen Sie, bevor ich zu der Debatte hier komme, will ich Ihnen sagen, Herr Dr. Berndt: Sie reden hier von Zahlen, Sie reden von Quotienten, Sie erklären immer wieder, das Coronavirus sei nicht so schlimm wie die Influenza oder genauso schlimm wie die Grippe. Sie behaupten dann Dinge, bringen halbe Zitate oder Studien, holen sich aber nicht die Widerlegung der Studien oder weitere Meinungen dazu. Das zeigt doch, dass es Ihnen nicht um die Menschen in diesem Land, es Ihnen auch schon lange nicht mehr um die Freiheit und die Grundrechte in diesem Land geht, sondern Sie wollten von Anfang an in dieser Pandemie Unsicherheit schüren. Sie schüren Unsicherheit, um möglichst viele Menschen in Ihre Richtung zu treiben, und es geht Ihnen nicht darum, diese Pandemie zu bekämpfen, und auch nicht darum, die Menschen zu schützen. Sie beweisen heute schon, dass Sie ein Totausfall sind. Sie wollen eine Politik wie die von Donald Trump machen. Aber die Zahlen bzw. die Zustände, die dort herrschen, können Sie nicht bestreiten. Hören Sie damit auf, beschäftigen Sie sich mit Lösungen statt mit den Parolen, die Sie hier immer wieder loslassen!

Ein 30-Jähriger aus den USA hat wie Sie auch nicht an Corona geglaubt, ist zu einer Party gegangen, an Corona erkrankt und dann gestorben. Vor seinem Tod hat er gesagt, dass er einen schweren Fehler begangen habe. Kurz darauf starb er; die Einsicht in die Realität kam für diesen Mann zu spät. Ich hoffe, dass die Einsicht bei Ihnen früher kommt, Herr Dr. Berndt!

Heute Morgen wurde bewiesen - das RKI meldet 18 700 Neuinfektionen an einem Tag -: Die Pandemie hat unser Land fest im Griff, die Infektionszahlen steigen rasant, und die allermeisten Regionen in Brandenburg sind mittlerweile Risikogebiete. Zum zweiten Mal stehen wir vor einem Lockdown, der unser gesellschaftliches Leben in weiten Teilen zum Erliegen bringen wird. Wir waren - und ich sage das ganz deutlich - und sind uns einig, dass wir diese Pandemie gemeinsam bekämpfen müssen. Uns allen war dabei klar, dass wir Mittel finden und Maßnahmen ergreifen müssen, um Menschen zu schützen. Wir müssen verhindern, dass uns nach diesem Wellenbrecher-Lockdown, wie Herr Woidke es vor einigen Tagen genannt hat, kein Tsunami der sozialen Not droht. Nur gemeinsam können wir durch diese Krise kommen, und nur gemeinsam können wir Vertrauen schaffen und Solidarität üben, denn in dieser Zeit geht es nicht nur um Gesundheit, sondern um viel mehr.

Ja, diese Krise ist in erster Linie eine Gesundheitskrise. Sie führt uns eines nämlich schmerzlich vor Augen: Unser Gesundheitswesen steht auf tönernen Füßen: massive Unterfinanzierung bei der Pflege, Personalnot, massiver Druck - Sie kennen diese Stichworte.

Diese Krise zeigt sehr deutlich: Die Profitorientierung im Gesundheitsbereich führt uns in eine bedrohliche Sackgasse. Es darf nicht darum gehen, ob sich ein Krankenhaus, eine Pflegekraft, ein Bett oder sogar ein Patient rechnet. Damit muss jetzt endlich Schluss sein! Die besonders schlaue Debatte über die Schließung jedes zweiten Krankenhauses hier in Brandenburg, auch deutschlandweit, muss endlich dahin, wo sie hingehört: in die Mottenkiste irgendwelcher Spekulanten, aber nicht mehr in die öffentliche Debatte!

Wir brauchen öffentliche Krankenhäuser, die sich nicht an Profitorientieren, sondern ausschließlich an der Gesundheit der Patientinnen und Patienten, und die auch den Beschäftigten in der Pflege endlich - endlich! - gute Löhne zahlen.

Und, Herr Ministerpräsident, wenn Sie sich über den Tarifabschluss im öffentlichen Dienst freuen, dann freut es mich, dass Sie sich freuen. Das Problem ist nur, dass in Brandenburg zwei - zwei! - Krankenhäuser dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes unterliegen. Deshalb lassen Sie uns auch in der nächsten Zeit unsere gemeinsame Kraft dazu nutzen, endlich möglichst alle öffentlichen und alle weiteren Krankenhäuser in den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes zu bringen - da gehören sie hin. Das bedeutet gute Löhne und auch, dass dem Applaus vom Sommer etwas folgt.

Die aktuellen Debatten zeigen aber auch eine zweite Dimension: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben eine Vertrauenskrise, eine Krise des Vertrauens in die Demokratie. Ich verdeutliche das einmal an der heutigen Sitzung: Es ist gut und richtig, dass dieser Landtag heute zusammengekommen ist. Aber - meine Güte - was für ein Chaos! Mehr Hauruck ging jetzt wirklich nicht, oder? Wir wussten nicht: Hat der Ministerpräsident oder die Landesregierung die Sitzung beantragt, oder waren es die Koalitionsfraktionen? Aber schön, dass wir uns jetzt hier treffen.

Seit bald vier Wochen haben wir nun ...

(Zuruf)

- Vorsicht, Kollege Stohn! Sonst reden wir mal über den Antrag zu dieser Sondersitzung. Dafür fehlt immer noch eine Begründung. Also, alles gut.

Seit bald vier Wochen haben wir nun ein rasant wachsendes Infektionsgeschehen. Seit drei Wochen verhandeln Kanzlerin und Ministerpräsidenten wieder über neue Einschränkungen. Seit Tagen war klar, dass diese Woche wohl ein neuer Lockdown - in welcher Form auch immer - beschlossen wird. Aber erst nach der Verkündung des Ganzen, lieber Kollege Stohn, fällt Ihnen auf: Mensch, wir könnten doch mal im Parlament darüber reden und debattieren. - Guten Morgen, Herr Stohn, schön, dass auch Sie endlich aufgewacht sind! Dafür können Sie aber keine Danksagung von uns erwarten. Diese Sondersitzung ist in einer parlamentarischen Demokratie eine Selbstverständlichkeit und sollte auch weiterhin eine Selbstverständlichkeit sein.

Wir wundern uns schon länger, warum die demokratisch legitimierten Parlamente keiner mehr bei irgendwas fragt. Wo leben wir denn eigentlich, dass gravierende Einschnitte in Grund- und

Freiheitsrechte auf einmal nicht mehr dort besprochen werden, wohin die Debatten in einer Demokratie gehören - nämlich in die Parlamente und nicht in die Videoschalte unter Ausschluss der Öffentlichkeit! Wir müssen wirklich aufpassen, welches Bild wir als Politik hier abgeben. Denn eines muss uns klar sein: Wenn der Staat in die Grundrechte und eben auch Freiheiten seiner Bürgerinnen und Bürger eingreift - noch dazu so massiv, wie es hier gerade wieder geschieht -, hat er eine Bringepflicht. Und der komme ich als Staat nach, indem ich Transparenz herstelle, Öffentlichkeit suche und das Ganze nachvollziehbar begründe. Sie allerdings tun so, als wäre die Bevölkerung - und als wären im Übrigen auch wir als Abgeordnete - in einer Holschuld. Und selbst kritische Nachfragen oder den Wunsch nach Debatten empfinden Sie noch als anmaßend oder gar als Angriff. Ich sage Ihnen aber eines: Mit Alibiveranstaltungen werden wir dieser Debatte, werden wir dieser demokratischen Legitimation nicht gerecht.

Herr Stohn - hören Sie bitte zu -, wenn Sie sich jetzt hier hinstellen und davon reden, dass Sie einen Gesetzentwurf erarbeiten wollen, um die Einbindung des Parlaments sicherzustellen, kann ich Ihnen gern helfen: Vor einem halben Jahr, vielleicht erinnern Sie sich, lag diesem Haus genau deshalb ein Gesetzentwurf unserer Fraktion vor - Stichwort: Infektionsschutzbeteiligung. In diesem hat meine Fraktion Vorschläge gemacht, wie wir genau solche Debatten führen und dann auch Entscheidungen treffen können, und zwar gemeinsam. Es war Ihre Landesregierung, die uns vor einiger Zeit belehrte, dass eine solche Beteiligung gegen das Grundgesetz verstoße. Entwürfe der Corona-Verordnungen erreichten uns deshalb gar nicht oder erst am Tag vor der Beschlussfassung des Kabinetts. Das Parlament verkommt damit zum Abnicker von Regierungsentscheidungen. Das dürfen wir alle nicht zulassen! Damit muss jetzt endlich Schluss sein. Stimmen Sie in der nächsten Woche im Hauptausschuss unserem seit Mai - ich wiederhole: seit Mai - vorliegenden Gesetzentwurf für ein Infektionsschutz-Beteiligungsgesetz zu und machen Sie damit endlich den Weg für eine Beteiligung des Parlaments frei. Das Votum der Verfassungsrechtler in der Anhörung, lieber Kollege Redmann, war übrigens damals schon ohne Wenn und Aber für unseren Gesetzentwurf.

Ich sage Ihnen auch, die Parlamentsbeteiligung ist aus folgendem Grund wichtig - und deshalb haben wir auch keine Zeit mehr zu verlieren; denn Ihnen wird es genauso gehen wie mir, Herr Stohn hat es schon dargestellt, auch er führt Gespräche; viele andere von uns führen Gespräche -: Wir merken doch, dass es auch vor Einführung dieser Maßnahmen Gesprächs- und Erklärungsbedarf gibt. Da gibt es viele Fragen: Warum ist Profisport erlaubt, aber Vereinssport - das betrifft gerade Kinder und Jugendliche - verboten? Berlin hat übrigens gestern entschieden, hier zumindest für Kinder eine Ausnahme zuzulassen. Ich kann in der heutigen Parlamentssitzung nur darum bitten, dass das Kabinett in seiner heutigen Sitzung darüber nachdenkt, wenigstens den Kindern in diesem Land die Freiheit zu geben, sich in der Freizeit sportlich frei zu betätigen. Das wäre angemessen und das Mindeste - auch nach der schweren Zeit im Frühjahr.

Eine andere Frage: Warum werden die Restaurantbetreiber bestraft, die monatelang penibelst alles - Plexiglasscheiben, Mundschutz, kontaktlose Speisekarten usw. usf. - umgesetzt haben, was die Politik von ihnen verlangt hat? Warum sagen wir genau ihnen jetzt, dass sie alle ihre Lokale sofort schließen müssen? Waren alle Kosten und Mühen umsonst?

Das Gleiche gilt für Theater, Galerien oder Konzerthäuser. Sie haben wahnsinnig viel zur Sicherung der Hygiene getan, sie sind nicht als Infektionstreiber bekannt. Warum müssen sie schließen?

(Zuruf)

- Herr Redmann, warten Sie kurz. Lassen Sie mich ausreden, dann verstehen Sie es auch.

Wir können doch nicht alle Menschen für vier Wochen von kultureller Teilhabe völlig ausschließen. Wie erklären Sie, dass man nicht im Kino oder Theater sitzen, sich aber mit vielen anderen Menschen in der Shoppingmall tummeln darf?

Sehr geehrte Damen und Herren, ganz ehrlich: Auf diese Fragen habe ich keine wirklichen Antworten, und mir scheint, Sie auch nicht. Damit Sie mich nicht falsch verstehen: Wir halten Maßnahmen für absolut notwendig, wenn es darum geht, potenzielle Risikokontakte zu reduzieren. Aber Verunsicherung, Frust und Verzweiflung sind doch vorprogrammiert. Und Sie tun so, als ob es die letzten acht Monate, die bereits gemachten Erfahrungen, nicht gegeben hätte.

Dann ist es wenig hilfreich, sehr geehrter Ministerpräsident - bei allem Respekt -, wenn Sie sich hier hinstellen und nichts weiter tun, als Maßnahmen vorzulesen, und dann wie schon im April auf die Solidarität hoffen und sagen: Bitte habt Vertrauen! - „Bitte habt Vertrauen!“ - das reicht dann eben nicht mehr aus. Wenn wir den Menschen nicht erklären können, warum der Staat jetzt das eine oder das andere verbietet, werden wir zwangsläufig die Akzeptanz von all diesen Menschen verlieren. Die Fragen sind da, diese Fragen relativieren nichts, aber sie müssen gestellt werden dürfen, und wir müssen in den kommenden Wochen darüber diskutieren.

Sie fangen jetzt wieder an, allen zu versprechen, dass ihnen geholfen wird, auf jeden Fall, ohne Ausnahme und sofort. Richtig so! Wer Freizeit und Kultur dichtet, muss auch für Ausgleich und Hilfen sorgen - wie Sie es auch schon im Frühjahr versprochen haben.

Fällt Ihnen etwas auf, meine Damen und Herren? Da kommen wir nämlich zu einem weiteren Punkt. Wenn Sie von Verständnis und Vertrauen reden, frage ich Sie ehrlich: Woher sollen einige Menschen dieses Vertrauen in Sie, liebe Koalition, und die Landesregierung nehmen? Sollen Ihnen die Solo-Selbstständigen, Künstler oder Eventtechniker vertrauen, denen zu helfen Sie versprochen haben und die Sie dann allesamt im Regen stehen lassen haben, während man den Großkonzernen, ohne mit der Wimper zu zucken, Milliarden in den Vorgarten geschmissen hat und sich die Chefs jetzt noch Millionen-Boni auf Steuerzahlerkosten finanzieren? Sollen Ihnen die Menschen in systemrelevanten Berufen vertrauen, die bis heute auf den Startschuss für den höheren Vergabemindestlohn warten? Sollen Ihnen die Pflegekräfte vertrauen, denen Sie mit viel Balkonapplaus gedankt haben, denen eine Prämie zu zahlen Sie am Ende aber nicht bereit waren?

Sehr geehrte Damen und Herren, wir wussten doch, dass es im Winter schwierig wird. Wir wussten doch, dass wir es im Herbst und Winter dieses Jahres auch in Deutschland mit einer zweiten Welle zu tun bekommen würden. Und ich frage Sie: Was hat diese Regierung getan, um sich darauf vorzubereiten? Welche konkreten Maßnahmen wurden ergriffen, um einen zweiten Lockdown abzuwenden und, wenn er unvermeidlich wird, ihn als Gesellschaft ohne größere Schäden überstehen zu können, damit kein zweites Mal die Lebensgrundlage unzähliger Menschen in diesem Land auf der Kippe steht? Für nicht wenige ist es dann endgültig. Und da muss ich feststellen: Es ist zu wenig.

Obwohl der Bund schon vor Monaten umfangreiche finanzielle Mittel für digitale Endgeräte in den Schulen zur Verfügung gestellt hat, sind sie bei der Mehrheit der Bedürftigen, lieber Kollege

Stohn, nicht angekommen. Schulungen für Lehrkräfte, digitale Lehrinhalte, Lehrkonzepte - Fehlanzeige!

Wenn Sie jetzt sagen, Sie wollen die Digitalisierung ganz schnell vorantreiben, empfehle ich Ihnen, mal in einer Grundschule in Bad Freienwalde anzurufen, die in der letzten Woche folgende Nachricht bekommen hat: Ja, sie wird ans Breitband angeschlossen. - Aber wann, Herr Stohn? Im Jahr 2023! Hier haben wir gemeinsam eine Aufgabe: dass wir Ihren Worten Taten folgen lassen. Wir helfen da gern mit. Aber das kann nicht die Realität in diesem Land sein!

Wo sind die Luftfilter in den öffentlichen Einrichtungen, die kostenlosen Masken, die Plexiglasscheiben, die CO₂-Ampeln? Wo sind die Sonder-Lehrpläne für den Fall neuer Schulschließungen? Der Masterplan für die Schulen nach acht Monaten? Lüften! Wir erzählen den Schulen ernsthaft, sie sollen im Winter einfach öfter mal die Fenster offen und die Schüler mit Mützen, Schals und Decken dasitzen lassen. Was glauben Sie eigentlich, wie lange diese Schüler gesund bleiben und nicht durch andere Erkältungskrankheiten ausfallen? Wir haben, Kollege Redmann, zu all diesen Punkten Vorschläge erarbeitet, Vorschläge, die Sie oft nicht einmal diskutieren wollten.

Bei all dem drängt sich mir zunehmend der Eindruck auf, dass diese Landesregierung über Monate - es tut mir leid - nach dem Prinzip Hoffnung, dass uns diese zweite Welle doch irgendwie verschonen wird oder nicht so schlimm wird, dass wir irgendwie besser durchkommen werden als andere, agiert hat. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Jetzt holt uns die Realität ein.

Wir alle haben jetzt noch vier Wochen Zeit, die Versäumnisse der letzten sechs Monate aufzuholen und uns gemeinsam Gedanken darüber zu machen, wie wir nach diesem Lockdown weitermachen. Diese Pandemie wird auch zu Weihnachten - egal, wie bunt die Adventszeit wird - nicht vorbei sein. Sie wird auch nächstes Jahr nicht vorbei sein, sie wird uns lange begleiten. Sie gehört zu unserer neuen Realität, und wir müssen lernen, damit umzugehen. Wir brauchen nach diesem Lockdown einen Plan B.

Wir dürfen in diesem Lockdown nicht die gleichen Fehler machen wie beim ersten Mal. Vertrauen schafft man nicht durch reden allein, sondern indem man zu seinem Wort steht. Da haben Sie als Koalition, wie wir aus dem Frühjahr wissen, noch ordentlich Luft nach oben. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns bewusst machen, dass diese Krise nicht alle gleich hart trifft: Sie trifft vor allem diejenigen, denen es schon vorher schlecht ging und die oft nicht wussten, wie sie mit ihrem Geld über die Runden kommen sollen. Wir als Landtagsabgeordnete - das habe ich Ihnen schon im April gesagt; ich sage es heute ruhiger - können locker im Homeoffice sitzen, wir können uns locker in unsere Wohnung, unser Haus zurückziehen und bekommen 100 % unseres Gehalts pünktlich überwiesen, jeden Monat, ohne Probleme. Aber es gibt Menschen, die jeden Tag rausmüssen - egal, was Ministerpräsidenten beschließen -, um ihre 2- oder 3-Zimmer-Wohnung zu bezahlen. Auch das dürfen wir nicht schon wieder aus den Augen verlieren. Wir müssen gerade diese Existenzen schützen und dürfen das Vertrauen dieser Menschen nicht verlieren.

Was ist jetzt zu tun? Um das Vertrauen nicht zu verlieren bzw. zum Teil zurückzuerlangen, brauchen wir soziale Sicherheit. Und hier können und müssen wir als Land, liebe Koalition, etwas tun. Wir dürfen nicht wieder einfach nur auf den Bund warten. Dann macht der Bund was, dann macht der Bund Fehler, und dann sitzen wir wieder hier und diskutieren. Dann müssen Sie wieder ständig Reden von mir anhöhen. Das wollen wir - ich glaube, beide Seiten - nicht.

Ich sage Ihnen, was zu tun ist. Sie versprechen den Menschen nun, dass ihnen unbürokratisch geholfen werden soll, dass sie 70 oder 75 % ihrer Vorjahreseinkommen - also bezogen auf Oktober oder November 2019 - erstattet bekommen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, warum diskutieren wir heute eigentlich nicht darüber, was mit den restlichen 25 % ist? Hier ist es Zeit für eine Ansage. Lassen Sie uns doch gemeinsam nach Wegen suchen. Vielleicht machen wir als Landtag Brandenburg aus den 75 % 80, 90 oder sogar 100 %! Das wäre das richtige Signal in dieser Zeit. So kann man vielleicht auch Fragen beantworten, die Gaststättenbetreiber und Kultureinrichtungen haben, denn sie sind am Ende frustriert und fühlen sich in der jetzigen Situation alleingelassen.

Wir brauchen auch Härtefallfonds für diejenigen, die jetzt durchs Netz fallen. Was ist mit den Kleinkünstlern, den Kleingewerben, die vielleicht erst zu Beginn des Jahres voller Hoffnung einen Laden aufgemacht haben und jetzt völlig hinten runterfallen? Deshalb brauchen wir auch einen Härtefallfonds.

Ich bin nicht überrascht, sondern froh, dass Sie jetzt doch erkannt haben, dass die Kleinstbetriebe und Solo-Selbstständigen in diesem Land ein Problem haben. Das hörte sich in den letzten Landtagsdebatten irgendwie anders an. Aber schön. Ich habe sechsmal hier vorn gestanden, weil meine Fraktion einen Antrag eingereicht hat. Sie haben uns immer wieder erklärt, dass das unnötig ist. Jetzt haben Sie endlich ein Einsehen. Glückwunsch an die Grünen, Glückwunsch an die SPD - Kollege Barthel -, Glückwunsch an die CDU - gerade an den Kollegen Bommert - für dieses Einsehen!

Also, jetzt handeln; das bedeutet: Lassen Sie uns gemeinsam das Unternehmergrundeinkommen in Höhe von 1 180 Euro einführen. Bayern und Thüringen haben es in dieser Woche getan. Es gibt keinen Grund mehr, das hier abzulehnen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie uns dieses Signal aussenden - jetzt und sofort! Denn so schafft man Vertrauen.

Gerade in den Bereichen, die wir jetzt schließen - in der Gastronomie - gibt es so viele prekäre Jobs, und das wissen Sie auch. Über 30 % der Beschäftigten in der Gastronomie und im Hotelgewerbe in Brandenburg haben 450-Euro-Jobs und prekäre Teilzeitbeschäftigungen. Was passiert jetzt mit ihnen? Da hilft auch keine Kurzarbeit, denn sie fallen aus jeder Kurzarbeitsregelung raus. Die müssen wieder in Hartz IV. Deshalb ist es richtig - um Vertrauen zu schaffen -, das Kurzarbeitergeld auf 90 % zu erhöhen und auf alle Jobs auszuweiten. So können wir Sicherheit schaffen, denn niemandem ist noch zu erklären, dass wir das immer noch nicht getan haben.

Lassen Sie uns die Einrichtungen unterstützen, die Menschen in Not helfen. Wir brauchen für die Unterstützung der Tafeln, von Beratungsnetzwerken und des Ehrenamts - anders, als Sie es in Ihren Haushaltsplänen gerade noch vorhaben; Sie wollen ja die Mittel für das Ehrenamt streichen - einen Sozialfonds.

Lassen Sie uns Teststrategien für die Beschäftigten in Krankenhäusern, in Kitas und Schulen und übrigens auch bei der Polizei ausweiten. So können wir diese Menschen schützen.

Lassen Sie uns einen Beirat einrichten, in dem wir regelmäßig über die Maßnahmen diskutieren und sie überprüfen können, gemeinsam mit Zivilgesellschaft und Wissenschaft.

Lassen Sie uns dafür sorgen, dass die Menschen keine Angst haben, wenn Sie sich fragen: Wer zahlt für diese Krise? In dieser Krise werden nicht nur Menschen arm, sondern es werden auch

Menschen sehr, sehr reich: Amazon-Chefs, Tesla-Chefs - den kennen Sie ja. Die werden massiv reich. Die haben ihr Vermögen um das Vierfache gesteigert.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Abgeordneter, ich muss Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

Herr Abg. Walter (DIE LINKE):

Ich komme sofort zum Schluss. - Deshalb sage ich Ihnen, wir brauchen ein Sozialstaatsversprechen: In den nächsten Jahren gibt es keine Kürzungen auf Kosten der Menschen, die schon vorher weniger hatten. Es gibt keine Kürzungen bei freiwilligen Leistungen. Wir geben das Sozialstaatsversprechen. - So gewinnen wir Vertrauen: indem wir konkret handeln. Kommen Sie raus aus Ihrer Bequemlichkeit, kommen Sie mit! Wir reichen Ihnen wieder einmal - jetzt das zehnte Mal - unsere Hand. Schlagen Sie sie nicht wieder aus. - Vielen Dank.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Meine Damen und Herren, von Herrn Abgeordneten Dr. Berndt wurde eine Kurzintervention angemeldet. Bitte schön.

Herr Abg. Dr. Berndt (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Herr Walter, ich habe mich zu Wort gemeldet, weil ich gehaut habe, dass Sie in Ihrem Redefluss in Zeitnot kommen werden. Deswegen die Kurzintervention.

Interessant wurde es, als Sie von Ihrem Bekannten aus Amerika sprachen, der nicht „an Corona geglaubt“ habe. Da bin ich aufgeschreckt. Ich glaube auch nicht an Corona; ich bekenne mich als Corona-Ketzer, und ich hoffe, keiner von Ihnen hier im Saal glaubt an Corona. Wir sollten doch Kinder der Aufklärung sein. Die Maxime der Aufklärung lautet „Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“, und nicht etwa: Glaube an ein 70 Nanometer großes Virus!

Sie haben uns vorgeworfen, wir würden Angst schüren. Angst hat der Ministerpräsident geschürt. Der Ministerpräsident ...

(Zuruf)

- Herr Stohn, einfach einmal zuhören! Sie können was lernen.

Der Ministerpräsident hat hier ausgeführt: Eine akute Notsituation zeichnet sich ab. - Ich habe Ihnen vorgetragen, wie die Belegung der Betten aussieht: 2 % der Beatmungsbetten und 6 % der ITS-Betten sind belegt. Natürlich muss man diese Situation

(Zuruf)

beobachten. Aber unter dieser ...

(Zuruf)

- Herr Stohn, wenn Sie so viel schreien, kriegen Sie eine Hypoxie im Kopf, das merkt man dann gelegentlich.

Also, es ist unverantwortlich, in dieser Situation die akute Notlage heraufzubeschwören. Wir setzen Wissen dagegen.

Herr Walter, ich habe nicht eine x-beliebige Studie zitiert oder mir was herausgeklaut. Ich habe die von der WHO publizierte Studie desjenigen Experten zitiert, der 61 Studien zusammengefasst hat und zu dem Ergebnis kommt - was eine großartige Nachricht ist -, dass die Sterblichkeit der Covid-19-Erkrankung in dem Bereich liegt, den ich Ihnen vorgetragen habe. Das ist ein Mittel gegen Angst.

Lassen Sie uns doch angstfrei diskutieren. Deswegen habe ich auch so ausgiebig den Bericht der Kassenärztlichen Bundesvereinigung zitiert, weil das ein Diskussionsbeitrag ist, der eine angstfreie Diskussion zu der Thematik ermöglichen könnte. Ich lade Sie alle ein, mitzumachen.

Ich habe mich gefreut, Herr Walter, ein Aufwachen bei den Linken zu spüren, als es um die Rechte im Parlament ging.

(Zuruf)

Ich erinnere mich: Als wir den Sonderausschuss „Corona“ beantragten, habe ich gesagt: Wir als Parlament sollten alle aktiver werden. - Bei manchen dauert es länger, bei manchen dauert es noch länger, bei manchen wird es nie kommen, aber ich freue mich, dass wenigstens Sie wach geworden sind!

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Abgeordneter Walter, Sie haben das Wort, um auf die Kurzintervention zu reagieren. Bitte schön.

(Zuruf)

Herr Abg. Walter (DIE LINKE):

Herr Bretz hat gerade etwas gesagt, womit ich beginnen wollte: Das Spannende ist, lieber - nicht „lieber“; Entschuldigung - Kollege Dr. Berndt, für eine politische Debatte und auch für eine Parlamentsdebatte reicht es nicht aus - das habe ich in der Schule auch immer versucht -, sich einfach von zwei, drei schlaun Leuten ein Zitat rauszusuchen und damit Eindruck zu schinden, sondern man sollte dann auch tatsächlich weiterlesen.

Wenn Sie sich hier als Ketzer darstellen, sage ich Ihnen: Nee, Herr Dr. Berndt, Sie sind kein Ketzer. Sie haben auch heute bewiesen, dass Sie kein Ketzer sind.

(Zuruf)

Sie sind - ja, klar, ein Hetzer; aber das wäre jetzt auch zu einfach - ein Leugner. Sie leugnen es einfach. Und an der Stelle könnte ich Ihnen die 20 Zahlen, die ich aufgeschrieben habe, um die Ohren hauen. Wenn Sie verschiedene Dinge behaupten, etwa dass wir jetzt ... Ich lasse es, weil es auch nichts bringt, weil Sie dann wieder 20 andere Zahlen rausholen. Ich glaube, das ist auch nicht wichtig. Ich möchte mich an der Stelle - obwohl der Ministerpräsident es nicht nötig hat, das weiß ich - wirklich einmal vor den Ministerpräsidenten stellen. Der Ministerpräsident hat hier heute keine Angst gemacht, sondern er hat Fakten und Zahlen genannt. Was Sie hier machen, das meine ich, dass Sie hier unser ...

(Zurufe)

- Ja, „ich habe“, „ich habe“. Mein Gott, Ihr Niveau!

Er hat hier Fakten und Zahlen genannt, er hat aus seiner Sicht begründet, warum bestimmte Maßnahmen richtig oder falsch sind. Wir brauchen mit Ihnen gar nicht mehr zu diskutieren, denn der Unterschied ist: Sie leugnen einfach alles - Sie leugnen die Zahlen, Sie leugnen die Auswirkungen, Sie leugnen, dass Menschen sterben, und erklären, dass diese an irgendetwas anderem gestorben seien.

Ich hoffe, dass es bei Ihnen irgendwann zu einem Erkenntnisgewinn kommt. Wenn Sie sich jetzt über die Masken beschwerten und sich als Freiheitskämpfer hinstellen, muss ich sagen: Angesichts Ihrer Politik - und Sie beweisen das auch mit Ihren Freunden und Kontakten in manche Kameradschaften in der Lausitz - ist klar: Sie sind der Letzte, der sich hier für Grundrechte und Freiheit einsetzen sollte, denn wenn Sie in diesem Land einmal etwas zu sagen haben sollten - was ich nicht glaube und nicht hoffe -, wären Sie der Erste, der die Polizei in Wohnungen schicken würde, um Leute abzuholen - vielleicht auch mich. Das muss man auch einmal sagen. Hören Sie also auf, sich hier so zu gerieren. - Vielen Dank.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Meine Damen und Herren, wir setzen die Debatte mit dem Beitrag des Abgeordneten Dr. Redmann für die CDU-Fraktion fort. Bitte schön.

(Der Abgeordnete Hohloch [AfD] meldet sich.)

- Es gibt einen Antrag zur Geschäftsordnung des Abgeordneten Hohloch. Bitte schön.

Herr Abg. Hohloch (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, ich hatte es Ihnen gerade auch telefonisch mitgeteilt: Herr Berndt wurde eben als Hetzer bezeichnet. Ich habe in Herrn Berndts Vortrag keine Hetze wahrgenommen und hätte gern, dass Sie als Präsidentin dazu Stellung beziehen. Ich finde, es ist ein untragbarer Zustand, dass Abgeordnete als Hetzer bezeichnet werden, insbesondere vor dem Hintergrund, dass in der letzten Debatte überhaupt nichts Entsprechendes vorgefallen ist.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Abgeordneter Hohloch, ich habe darüber nachgedacht und denke, dass das zum Diskurs gehörte. Wir können das aber gerne noch im Präsidium besprechen.

Bitte schön, Herr Dr. Redmann.

Herr Abg. Dr. Redmann (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Walter, es ist aus meiner Sicht durchaus verdienstvoll, dass Ihre Fraktion schon im Mai eine Diskussion bezüglich einer besseren parlamentarischen Beteiligung im Rahmen der Corona-Diskussion und der Erarbeitung der Verordnungen angestoßen hat. Das ist gar keine Frage. Dazu ist im Hauptausschuss auch eine wertvolle Anhörung durchgeführt worden, die, glaube

ich, für alle Beteiligten Erkenntnisse gebracht hat. Wir werden diese Debatte selbstverständlich weiterführen.

Was ich Ihnen jedoch nicht durchgehen lasse, ist die Darstellung, dieses Parlament sei, was die Corona-Maßnahmen angeht, quasi einflusslos. Nennen Sie mir ein einziges Beispiel, bei dem die Landesregierung Brandenburgs gegen einen ausdrücklichen inhaltlichen Antrag des Parlaments eine Rechtsverordnung erlassen hätte. Nennen Sie mir ein einziges Beispiel, bei dem die Landesregierung gegen einen ausdrücklichen inhaltlichen Antrag dieses Landtags eine Rechtsverordnung aufrechterhalten hätte.

Voraussetzung dafür, dass die Landesregierung das Parlament im Rahmen des Erlasses ihrer Rechtsverordnungen berücksichtigen kann, ist jedoch, dass dazu ein inhaltlicher Antrag vorgelegt wird. Diese Chance haben heute die Koalitionsfraktionen genutzt, diese Chance haben die Freien Wähler und hat sogar die AfD genutzt. Sie haben den Versuch unternommen, auf die Rechtsverordnung, die heute Nachmittag im Kabinett beraten wird, inhaltlich Einfluss zu nehmen. Die einzige Fraktion, die diese Chance nicht genutzt hat, die inhaltlich kein einziges Wort zur heute Nachmittag zu beratenden Rechtsverordnung vorgelegt hat, ist die Fraktion der Linken. - Wenn Sie Ihre parlamentarischen Rechte ungenutzt lassen, kann ich Ihnen leider nicht helfen.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage zu? - Bitte schön.

Herr Abg. Domres (DIE LINKE):

Danke, Herr Kollege Redmann, dass Sie die Zwischenfrage zulassen.

Herr Abg. Dr. Redmann (CDU):

Sehr gern.

Herr Abg. Domres (DIE LINKE):

Kollege Walter hat ja viel mehr gesagt. Es geht gar nicht um die Verordnung, die heute Nachmittag auf der Tagesordnung des Kabinetts steht. Er hat auch gesagt, dass wir seit Beginn der Pandemie im März nicht eine Verordnung so zugeleitet bekommen haben, dass sich ein Ausschuss ernsthaft damit hätte befassen können. In der Regel erhalten wir die Verordnung am Freitagnachmittag oder am Montag im Laufe des Tages - und am Dienstag ist die Kabinettsitzung. Wann soll unter diesen Umständen eine Befassung mit einer solchen Verordnung stattfinden? - Punkt 1.

Punkt 2: Den Antrag zur Sondersitzung musste ich von der Präsidentin erbitten; wir hatten ihn nicht zugeleitet bekommen. „Aussprache über den Beschluss der Regierungschefinnen und -chefs mit der Bundeskanzlerin ‚Bekämpfung der SARS-CoV2-Pandemie‘“ - diesen Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz haben wir heute um 9.33 Uhr erhalten. Wir reden also über einen Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz, der uns nicht offiziell - wie nach der Verfassung eigentlich zwingend notwendig - zugeleitet wurde. Und da sagen Sie mir, dass die Beteiligung des Parlaments, wie sie sich gegenwärtig bzw. seit März gestaltet, völlig in Ordnung ist?

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Bitte, Herr Dr. Redmann.

Herr Abg. Dr. Redmann (CDU):

Sehr geehrter Herr Kollege Domres, ich sagte doch eingangs bereits, dass durch die Anhörung durchaus belegt wurde, dass die Zuleitung von Verordnungsentwürfen in diesem Land anders zu erfolgen hat. Seitdem wird das auch beachtet, und die Zuleitung erfolgt entsprechend.

(Zurufe: Was?!)

Ich kann Ihnen aber leider den Zeitdruck nicht nehmen. Wir befinden uns in einer pandemischen Situation. Wenn Ministerpräsidenten tagen und miteinander verabreden, dass binnen kurzer Frist - in diesem Fall ab kommendem Montag - eine neue Verordnung gelten soll, werden solche Verordnungen auch einmal an einem Freitag, Samstag oder Sonntag zugeleitet und beraten. Ich erwarte von der Linksfraktion, dass sie in der Lage ist, zur Not auch einmal am Wochenende tätig zu werden.

(Unruhe und Zurufe)

Herr Kollege Berndt ... - Ja, Sie haben ja noch Gelegenheit; Sie können auch eine Kurzintervention anmelden.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Einen kleinen Moment. - Ich bitte Sie um Ruhe.

Herr Abg. Dr. Redmann (CDU):

Herr Kollege Berndt, die Menschen erwarten, glaube ich, von uns hier heute mehr als Polemik und mehr als den Versuch, sich in seiner eigenen Fraktion über dieses Thema zu profilieren. Sie haben in der vergangenen Plenarsitzung von diesem Pult aus behauptet, die Pandemie sei vorbei.

(Zuruf: Genau!)

Von Ihrer Fraktion ist ein Untersuchungsausschuss eingerichtet worden, weil angeblich überhaupt keine Gefahr bestehe. Wir sehen jetzt: Die Pandemie ist nicht vorbei.

Sie haben in der vergangenen Plenarsitzung - wir hatten danach deshalb sogar noch Kontakt - behauptet, die steigende Zahl der positiven Tests sei allein auf eine Ausweitung der Testkapazitäten zurückzuführen. Sie haben diese Behauptung am vergangenen Dienstag in Ihrer Pressekonferenz auf Nachfrage sogar noch wiederholt. Das ist eindeutig falsch und war es damals schon. Seit der 34. Kalenderwoche ist die Zahl der Tests in Deutschland konstant. Was sich seitdem erhöht, und zwar erheblich, ist die Anzahl der positiven Tests. Sie hat sich vervielfacht. Hören Sie auf, diese Fakten zu leugnen!

Ihre Fraktion hat die Aufhebung aller, sämtlicher Corona-Maßnahmen gefordert. Sie müssen sich deshalb den Vorwurf gefallen lassen, dass Sie damit dazu beigetragen haben, dass Menschen die Regeln nicht eingehalten haben, fahrlässig geworden sind, dass damit auch die Übertragung des Coronavirus befördert worden ist und wir letztlich in die Situation, in der wir uns

heute befinden, auch aufgrund Ihres Beitrags gelangt sind. Das ist der Vorwurf, den Sie sich gefallen lassen müssen, meine Damen und Herren!

Insofern haben nicht Sie die Landesregierung an ihren Amtseid zu erinnern. Vielmehr erinnere ich Sie an den hippokratischen Eid, den Sie als Arzt geleistet haben. Sie haben geschworen, zum Nutzen der Kranken zu handeln. - Heute haben Sie hier gefordert, es müsse erst einmal eine Übersterblichkeit zu sehen sein, bevor Sie die Relevanz der Maßnahmen anerkennen. Sie sind ein pseudowissenschaftlicher Scharlatan, Herr Dr. Berndt!

Meine Damen und Herren, der Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz hat eine Qualität, die sich sehr von den Beschlüssen der vorherigen Konferenzen unterscheidet. Er hat deshalb diese Qualität, weil es gelungen ist, sich länderübergreifend zu einigen - und zwar unabhängig davon, welche Farbe das Parteibuch des jeweiligen Ministerpräsidenten hat: von Herrn Rame- low ganz links und den Regierungen, an denen die Linke noch beteiligt ist, über SPD- und CDU-geführte Regierungen bis hin zum CSU-Ministerpräsidenten von Bayern. Das war ein beeindruckendes Signal der Einigkeit. Zu Recht ist in der Vergangenheit bemängelt worden, dass die Beschlüsse zu einem Flickenteppich in Deutschland geführt haben und die Menschen sich in den Medien gar nicht mehr richtig informieren konnten, was eigentlich in ihrer jeweiligen Region gilt.

Der Vorschlag, der heute Nachmittag in Form einer Verordnung umgesetzt wird, ist - auch das wurde heute seitens der AfD bestritten - verhältnismäßig. Ich will Ihnen auch sagen, warum. Die Verhältnismäßigkeitsprüfung ist etwas, das man schon im 1. Semester im Fach Staatsrecht lernt. Vielleicht kann ich da noch etwas zur Aufklärung beitragen.

Zunächst geht es um den legitimen Zweck. Der legitime Zweck ist in diesem Fall die Verhinderung der Überforderung unseres Gesundheitssystems. Es sind hier Zweifel daran geäußert worden, dass eine solche Überforderung droht. Sie sagen, es gehe nicht allein um die Ansteckungsraten. Das stimmt. Es geht nicht allein um die zusätzliche Zahl von Infizierten pro Tag. Bleiben wir einfach einmal bei den Zuwächsen bei der Belegung der Intensivbetten in Brandenburg: Seit fünf Wochen verdoppelt sich die Anzahl der belegten Intensivbetten in Brandenburg von Woche zu Woche. Das ist in absoluten Zahlen - da stimme ich Ihnen zu - zu Beginn sehr wenig: Von eins auf zwei, von zwei auf vier, von vier auf acht, von acht auf 16; und jetzt, nach den fünf Wochen, sind wir bei 20. Geht dieser Trend ungebrochen weiter, sind wir in der nächsten Woche bei 40, dann bei 80, dann bei 160, dann bei 320 und in fünf Wochen bei 640 belegten Intensivbetten. Damit ist die Kapazität der Intensivstationen in Brandenburg mehr als ausgeschöpft. Wollen wir uns in diese Situation begeben? Ich meine, wir wollen nicht in eine solche Situation geraten, sondern genau das verhindern. Wir werden in den nächsten Wochen noch genug damit zu tun haben, den südlichen Ländern Deutschlands zu helfen, wenn deren Intensivstationen überlastet sind; sie sind uns nämlich in der Pandemie schon ein ganzes Stück voraus.

Die Maßnahme ist auch geeignet, denn sie führt dazu, dass die Menschen weniger Kontakte haben. Natürlich ist ein Theaterbesuch häufig auch mit einem vorherigen Restaurantbesuch oder mit einem Treffen von Freunden verbunden, mit der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel, mit vielfältigen Situationen, in denen man Kontakte zu anderen hat - diese gibt es nicht nur in den Theatern mit ihren hervorragenden Hygienekonzepten.

Die entscheidende Frage ist: Ist die Maßnahme auch erforderlich? Das haben Sie ebenfalls bestritten. Zur Beantwortung der

Frage der Erforderlichkeit ist zu klären, ob es ein milderes, gleich geeignetes Mittel gibt. Wir haben zunächst gesagt, dass wir den Kinder- und Schulbereich offen halten wollen. Sicherlich würde die Schließung von Kitas und Schulen auch sehr stark dazu beitragen, dass sich die Zahl der Kontakte reduziert. Aber milder ist das Mittel nicht, denn viele Kinder sind auf den Schulunterricht angewiesen, weil Homeschooling nicht die gleichen Effekte hat – das betrifft insbesondere bildungsfernere Schichten. Ist aber das, was Ihre Fraktion vorschlägt, nämlich der Schutz der vulnerablen Gruppen, der Älteren und Vorerkrankten, tatsächlich ein gleich geeignetes, milderes Mittel? Wenn wir in dieser Situation allein durch den Schutz der vulnerablen Gruppen dazu beitragen wollten, dass keine Überlastung der Intensivstationen mehr droht, müssten wir Folgendes tun: Faktisch müssten wir für alle Älteren und Vorerkrankten Ausgangssperren verhängen, schlimmer als in Frankreich. Sie müssten zu Hause in ihrer Wohnung bleiben, dürften nicht mehr einkaufen, nicht in Fußgängerzonen oder überhaupt in die Öffentlichkeit gehen, sie dürften keine Verwandten mehr besuchen. Das wäre die Voraussetzung dafür, dass die vulnerablen Gruppen zum Erhalt der Arbeitsfähigkeit des Gesundheitssystems den von Ihnen geforderten Beitrag leisten. Würden wir es anders gestalten, wäre Ihr Vorschlag leider nicht gleich geeignet, weil er nicht dazu führen würde, dass eine Überlastung unseres Gesundheitssystems verhindert wird.

Er ist auch deshalb nicht gleich geeignet, weil es nicht nur um die vulnerablen Gruppen geht. Ein Fünftel aller, die nicht zu den vulnerablen Gruppen gehören, hat trotzdem erhebliche Symptome, und zwar auch Langzeitfolgen. Ich kenne aus meiner Region jemanden, der in der 1. Mannschaft des örtlichen Fußballvereins spielt und jetzt im Krankenhaus liegt – mit Ende 20! Niemand hätte damit gerechnet. Aber solche Fälle sind nicht selten, das sollten Sie zur Kenntnis nehmen.

Wir haben uns deshalb entschieden, den Bereich der Freizeitgestaltung erheblich einzuschränken. Nach Abwägung aller gleich geeigneten zur Verfügung stehenden Mittel ist das nach unserer Überzeugung der geringste Eingriff.

Da geht es nicht darum, den Gastronomen oder Hoteliers zu sagen, sie hätten in der Vergangenheit schlecht gearbeitet oder nicht ausreichend Hygienemaßnahmen umgesetzt – das ist nicht der Fall. Sie haben sehr gut gearbeitet. Natürlich kann man auch nicht sagen, dass eine Gaststätte oder ein Hotel, die ordentlich geführt werden, mehr zum Infektionsgeschehen beitragen als eine Kita oder eine Schule. Es geht aber um die Frage: In welchem Bereich können wir die Kontakte verhältnismäßig wirksam reduzieren? Wenn wir jetzt den Bereich der Freizeitgestaltung herausgreifen und dessen Beschränkung in der Verordnung vorsehen, leisten die entsprechenden Branchen ein Sonderopfer für die Allgemeinheit. Natürlich hätte man auch andere Bereiche auswählen können, was aber erheblich schwerwiegendere Eingriffe bedeutet hätte. Deshalb haben diese Bereiche, die ein Sonderopfer für die Allgemeinheit leisten, auch Anspruch auf Entschädigung durch die Allgemeinheit. Diese Entschädigung wird erfolgen: Es wird eine Kompensation von Umsatzausfällen sowie eine Überarbeitung der Überbrückungshilfen geben, sodass wir den Menschen entgegenkommen, die jetzt für uns alle einen wichtigen Dienst leisten und für uns alle Einbußen in Kauf nehmen.

Meine Damen und Herren, ich bin fest davon überzeugt, dass die Corona-Pandemie eine Bewährungsprobe für unsere freiheitlichen Gesellschaften ist. Sie ist deshalb eine Bewährungsprobe für die freiheitlichen Gesellschaften, weil natürlich die Frage im Raum steht, ob autoritäre Regime wie das in China besser in der Lage sind, mit solchen Pandemien umzugehen – weil sie restriktiver durchgreifen können, lokal schärfere Maßnahmen, auch

Ausgangssperren etc., verhängen können, weil sie beispielsweise auf den Datenschutz keine Rücksicht nehmen –, oder ob es tatsächlich möglich ist, dass eine freiheitliche Gesellschaft wie die unsere eine solche Pandemie ebenso wirksam oder vielleicht sogar noch wirksamer bekämpfen kann. Ich bin fest davon überzeugt, dass unsere freiheitliche Gesellschaft zu diesem Kraftakt in der Lage ist. Sie ist deshalb dazu in der Lage, weil unsere Bürger in aller Regel und zum überwiegenden Teil verantwortlich handeln, wenn man ihnen die Situation auch richtig erklärt, weil unsere Bürger einen ethischen Zusammenhalt verspüren, aufeinander Rücksicht nehmen und nicht, wie es die AfD vorschlägt, auf Kosten der Älteren auf eine Freiheit der Jüngeren bestehen – denn das wäre unsolidarisch, das wäre Hedonismus und Egoismus und hat in diesem Land zum Glück keine Mehrheit.

Wir müssen den November nach meiner festen Überzeugung aber nicht nur dafür nutzen, die Zahl der Neuinfektionen zu reduzieren. Wir müssen den November auch dafür nutzen, unser Gesundheitssystem zu härten – mit einer Reihe von Maßnahmen, die verhindern, dass wir im Dezember und auch im Januar eine Art Jo-Jo-Effekt erleben.

Wie kann das gelingen? Wir müssen uns die Eindämmungsverordnung, die bislang galt und auch heute noch gilt, im Hinblick auf Dezember neu anschauen. Darin sind einige Lockerungen enthalten, die wir wahrscheinlich heute in Kenntnis des Infektionsgeschehens nicht mehr getroffen hätten. Wir müssen aber auch die Gesundheitsämter stärken. Ich finde den Vorschlag im Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz, der meines Wissens sogar von Brandenburg eingebracht wurde, sehr gut, auch Kurzarbeitern zu ermöglichen, dass sie etwas dazuverdienen, indem sie in den Gesundheitsämtern bei der Kontaktnachverfolgung helfen und Menschen informieren, die Kontakt zu einer infizierten Person hatten.

Wir sollten auch noch einmal über die App sowie darüber reden, ob es angesichts der schwerwiegenden Grundrechtseingriffe, die erforderlich sind, um eine Pandemie zu bekämpfen, nicht auch angezeigt ist, im Bereich des Datenschutzes etwas mehr zu ermöglichen, als es die App gerade zulässt.

Wir müssen auch unsere Teststrategie aktualisieren, weil jetzt flächendeckend Schnelltests zum Einsatz kommen können. Ich glaube, diese könnten einen wertvollen Beitrag insbesondere zum Schutz der vulnerablen Gruppen, der Krankenhäuser und der Pflegeheime sowie der älteren Menschen leisten.

Ich glaube, wenn wir diesen Monat konsequent nutzen, um Kontakte zu reduzieren und damit Neuansteckungen zu verhindern, aber auch um unser Gesundheitssystem widerstandsfähiger zu machen, werden wir in den Dezember und den Januar in einer anderen Verfassung gehen und können weiter gewährleisten – wie es bislang immer der Fall war –, dass Deutschland die Pandemie dank seines starken Gesundheitssystems besser übersteht als viele andere Länder, die nicht über eine solche Struktur verfügen. – Vielen Dank.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. – Das Wort erhält Herr Abgeordneter Vida von der Fraktion BVB / FREIE WÄHLER. Bitte schön.

Herr Abg. Vida (BVB/FW):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich freue mich, dass es in den letzten Minuten möglich geworden ist,

zur Sachdebatte zurückzukehren und nicht dieses parteipolitische Hickhack zu spielen, das leider die gesamte Debatte wesentlich dominiert hat. Das ist nicht das, was die Bürger draußen an den Bildschirmen von uns erwarten.

Das Jahr 2020 wird - zumindest in der freiheitlichen Welt - als das Jahr mit den gravierendsten Einschränkungen seit vielen Jahrzehnten in die Geschichte eingehen. Es ist unser Auftrag, den Gesundheits- und Lebensschutz stets vornan zu stellen und dabei verhältnismäßige Abwägungen mit den übrigen Rechten vorzunehmen.

Diese übrigen Rechte haben es in sich: Berufsfreiheit, Freizügigkeit, Versammlungsrecht, Religionsausübung. Um das zu beurteilen, braucht es eine gesamtgesellschaftliche Debatte. Sie ist zu führen unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Kräfte, und in einer föderalen Republik ist das Spiegelbild dieser Kräfte nun einmal der Landtag.

Für BVB / FREIE WÄHLER steht die Beteiligung aller Fraktionen als Geschäfts- und Verhandlungsgrundlage vornan, wenn wir über weitere Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie sprechen. Daher werde ich die heutige Debatte als ein Zeichen, als einen Schritt dahin. Hierfür braucht es aber keinen Dank seitens der Opposition, sondern das ist eine Selbstverständlichkeit. Wir gehen davon aus, dass das in Zukunft weiter ausgebaut wird. Die heute vorliegenden Anträge dienen dazu.

Meine Damen und Herren, bei sachlicher Betrachtung der Situation müssen wir feststellen, dass bereits seit Ende Juli die Infektionszahlen in Berlin gestiegen sind, erst langsam und seit Mitte September mit immer größerer Geschwindigkeit. Die Bundeshauptstadt wurde, für sich betrachtet, im Rahmen der zweiten Welle einer der bedeutendsten Corona-Hotspots Deutschlands.

Wir konnten feststellen, dass trotz der 200 000 Pendler die Zahlen für Brandenburg bis Mitte September noch recht gut aussahen. Vielleicht haben manche deshalb gehofft, dass Brandenburg verschont bleibt. Wir wissen nun, dass sich diese Hoffnung nicht erfüllt hat. Binnen anderthalb Monaten hat sich die tägliche Zahl der Neuinfektionen in etwa verzwanzigfacht, und zwar mit einer deutlich höheren Infektionsquote, als dies etwa die Testanstiegsquote erklären würde.

In den letzten Wochen verschiebt sich zudem das Infektionsgeschehen leider wieder zunehmend in Richtung der älteren und damit gefährdeten Bevölkerung. Täglich steigt die Zahl von Covid-19-Patienten mit intensivmedizinischer Behandlung um etwa 7 % und hat den entsprechenden potenzierenden Effekt. Zwar können sich die Krankenhäuser heute noch gut um Patienten kümmern und gibt es auf den Intensivstationen freie Kapazitäten; doch sollte sich der Anstieg der Infektionszahlen weiterhin annähernd exponentiell fortsetzen, wird das Gesundheitswesen in wenigen Wochen an seine Kapazitätsgrenzen stoßen, wenn auch wahrscheinlich nicht zuerst in Brandenburg; dafür aber in Berlin - und danach auch in Brandenburg.

Genau deswegen braucht es Maßnahmen. Wir haben immer gesagt, dass wir die Maßnahmen an das lokale Infektionsgeschehen koppeln wollen. Dass dies nun angesichts der regionalen Situation in Brandenburg notwendig ist, ist bei rationaler Betrachtung vor dem Hintergrund der erheblich gestiegenen Zahlen wohl nicht in Zweifel zu ziehen.

Es stellt sich also weniger die Frage, ob etwas getan werden muss, sondern welche Maßnahmen sinnvoll erscheinen. Deswegen ist es auch richtig und wichtig, dass es in diesem Haus einen

großen Konsens gibt, entschieden dem Geschwätz entgegenzutreten, dass es im Sommer ja nur so und so viele Neuinfektionen gegeben habe. Es gibt einen Konsens, der Sichtweise entgegenzutreten, es sei besonders kühn, wenn man sich einer Maskenordnung widersetzt. Diese Leute wollen nicht einsehen, dass das Wirken von Maßnahmen sich gerade auch in sinkenden Infektionszahlen zeigen kann und dass sich die Notwendigkeit von wiederaufzunehmenden Maßnahmen in dem Anstieg von Zahlen begründet. Wer hier abwiegelt und verharmlost, mag Schlagzeilen für sich produzieren, gefährdet aber im Ergebnis Menschenleben.

Die Voraussetzungen für eine Entscheidungsfindung sind jetzt deutlich besser als im März. Wir haben es bei Covid 19 nicht mehr mit einer unbekannten Gefahr zu tun - zwar mit einer großen, aber eben nicht unbekannten Gefahr. Damals, vor einem halben Jahr, beruhten die Maßnahmen notgedrungen noch auf Mutmaßungen. Dabei wurde immer vom schlimmsten Fall ausgegangen, und das war damals auch verhältnismäßig.

Wir verfügen in Deutschland mittlerweile über statistische Daten mit einer Stichprobengröße in den Zigtausenden, auf die wir unsere Entscheidung stützen können. Das sollten wir nutzen, um auch in der Krise Maßnahmen einer rationalen, auf Fakten basierenden Prüfung zu unterziehen. Unnötige wirtschaftliche Schäden sind dabei zu vermeiden.

Daher sagen wir ganz klar, dass viele in der Debatte befindlichen Maßnahmen unseres Erachtens nachvollziehbar und sinnvoll sind: Privathaushalte sollen Familienfeiern einschränken, Altenheime sollen Maßnahmen zum Schutz der Bewohner ergreifen, und der Infektionsschutz am Arbeitsplatz sollte verbessert werden. Wo es geht, sollen Homeoffice-Lösungen ermöglicht werden, und im Freizeitbereich soll das Angebot reduziert werden. Das sind Maßnahmen, die sich mit den Zahlen des RKI rechtfertigen lassen. Ich erlaube mir hierbei den Hinweis, dass wir als BVB / FREIE WÄHLER bereits im März dieses Jahres die Ausweitung der Homeoffice-Möglichkeiten eingefordert haben.

Durchaus kritisch zu hinterfragen ist, welche Fortschritte seitdem im Bereich der digitalen Infrastruktur erzielt worden sind. Inwiefern hat sich Deutschland seit dem Frühjahr in diesem Bereich besser aufgestellt, nach dem, was alle gefordert und versprochen haben? Geschehen ist in diesem Bereich wenig, obwohl man ahnte oder zumindest ahnen musste, dass eine zweite Welle kommen würde.

Eine konsequente Beachtung der Maskenpflicht im Einzelhandel, besondere Vorsicht gegenüber Risikogruppen, Vermeidung größerer Gruppen, Schließung von besonders infektionsgeneigten Einrichtungen - das sind Maßnahmen, die verhältnismäßige Opfer abverlangen und auf große Akzeptanz in der Bevölkerung stoßen; denn sie beziehen sich auf Bereiche, in denen nachweislich verhältnismäßig viele Ausbrüche mit einer hohen Zahl an Infizierten stattfinden.

Würden sich nun die Maßnahmen, die von der Bundesregierung und wahrscheinlich auch von der Landesregierung vorgeschlagen werden, auf diese Bereiche beschränken, hätten sie unsere unumwundene Zustimmung. Doch bei einigen der vorgeschlagenen Maßnahmen ist das unseres Erachtens nicht der Fall.

So sollen auch Gastronomie und Gastgewerbe weitgehend heruntergefahren werden, und das für mindestens einen Monat. Da stellt sich die Frage nach dem Grund und auch nach der Geeignetheit und Erforderlichkeit dieser Maßnahme. Laut den Zahlen

des Robert Koch-Instituts waren Beherbergung und Gastronomie für die Ausbrüche der letzten Wochen kaum von Bedeutung. Selbst zusammengenommen verantworteten sie nur einen Bruchteil der Infektionen des restlichen Freizeitbereichs. Im Vergleich zu den Ausbrüchen in Altenheimen, auf der Arbeit und im privaten Bereich ist ihr Anteil praktisch bedeutungslos.

Rechtfertigt eine Reduktion der Ansteckung um etwa 1,5 % die Schließung von etwa 5 % der Wirtschaftsleistung? Offensichtlich basiert die geplante Stilllegung von Gastronomie und Gastgewerbe nicht auf den vorliegenden Zahlen des RKI zum Infektionsgeschehen und ist daher nicht verhältnismäßig; denn wenn man die Gaststätten isoliert betrachtet, sind diese Ursprung von nur 0,5 % der Infektionen. Daher bringen wir als BVB / FREIE WÄHLER einen Antrag zur Offenhaltung der Restaurants und Cafés ein.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Herr Abg. Vida (BVB/FW):

Bitte schön.

Herr Abg. Dr. Redmann (CDU):

Herr Vida, Sie haben gerade eine Studie des RKI zitiert, in der vermerkt ist, dass die Gaststätten nur zu 1,5 % zum Infektionsgeschehen beitragen. Ist Ihnen bekannt, dass in dieser Studie bei 75 % der Ansteckungen überhaupt nicht der Grund vermerkt wurde, weil einfach unbekannt ist, wo sich die Menschen anstecken?

Die nächsthäufige Kategorie dieser Studie ist das häusliche Umfeld. Da wir aber nun wissen, dass sich Mutti nicht einfach bei Vati ansteckt, wenn keiner zuvor infiziert war, ist es auch keine weiterführende Information, wenn man das häusliche Umfeld als Grund nimmt.

Mit anderen Worten kann man dieser Studie, die Sie für Ihren Antrag als Begründung heranziehen, nicht ernsthaft entnehmen, wo sich die vielen Menschen angesteckt haben. Wir können natürlich sagen: „Hier und da wird sich nicht angesteckt“, aber wir haben heute 18 000 Neuinfektionen. Wo kommen die her?

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Bitte schön, Herr Vida.

Herr Abg. Vida (BVB/FW):

Herr Abgeordneter Redmann, Ihre Ungeduld verschafft mir mehr Redezeit, insofern bin ich dafür sehr dankbar. Ich hätte diese Ausführungen selbstverständlich ohnehin noch gemacht, gehe jetzt aber davon aus, dass sie mir nicht auf meine Redezeit angerechnet werden.

Ich kann Ihnen sagen, woher ich das habe bzw. warum wir der Auffassung sind, dass das der richtige Schritt ist. Es ist eben nicht so, Herr Redmann, dass Sie pauschal sagen können: 75 % sind unbekannt, und deswegen schließen wir dort einfach. - Sie müssen den Nachweis liefern, dass dort ein besonders erhöhtes Infektionsrisiko vorliegt. Genau so ist es!

Hierzu erlaube ich mir einen Verweis auf das gemeinsame Positionspapier von Wissenschaft und Ärzteschaft zum Umgang mit Covid-19 von gestern oder vorgestern. Da heißt es:

„Gesellschaftlich und infektionsepidemiologisch ist es besser, wenn Menschen sich in öffentlichen Räumen mit Hygienekonzept unter optimalen Bedingungen treffen, als dass sich die sozialen Begegnungen in vergleichsweise weniger sichere private Innenräume

- Sie haben das als „Mutti und Vati“ bezeichnet -

verlagern.“

Dieses Positionspapier der Kassenärztlichen Bundesvereinigung repräsentiert 30 ärztliche Berufsverbände und sollte Gehör finden. Schließen wir die Gaststätten, dann kann genau das passieren, was wir nicht wollen: Statt im sicheren öffentlichen Raum trifft man sich ohne Abstand und ohne Maske privat - Mutti und Vati eben - und ist bis spät in die Nacht gesellig beisammen. Das wäre aber in der Pandemiebekämpfung das Schlechteste, was passieren kann.

Hier wurden seinerzeit erhebliche Hygienekonzepte von den Restaurants gefordert. Diese wurden aufgestellt, und sie wirken auch. Es wird aber ignoriert, dass diese Konzepte mehr wirken als die in anderen Bereichen. Sie jedoch schaffen Substitutionseffekte, indem Sie die in sicherer Umgebung erfolgten Kontakte in nicht kontrollierbare Bereiche verlagern, nämlich in den privaten Bereich, wo diese Sicherheiten nicht gegeben sind. Deswegen ist diese Maßnahme nicht nur nicht erforderlich, sondern eventuell sogar noch nicht einmal geeignet, weil sie durch die Substitutionseffekte ein viel höheres Risiko nach sich ziehen.

Schauen wir uns die Zahlen einmal genau an. Im September gab es eine Studie des RKI, in der auf erhöhte Streuungen geschaut wurde, also Kontakte, wo es zu mehr als zwei Infektionen gekommen ist. Dort gab es eine Dunkelziffer von 12 %. Die Dunkelziffer von 75 % bezieht sich auf Einzelinfektionen. Um noch mal auf die 75 % zurückzukommen - der Ministerpräsident hat es auch gesagt -: Sie können doch nicht bei 75 % unbekannten Ursprungs in einer statistisch unzulässigen Art und Weise einen überbordenden Anteil den Restaurants zurechnen!

(Zuruf)

- Doch, das tun Sie, indem Sie gerade erklärt haben, dass man das nicht weiß. Sie müssen bei einer Schließung rechtfertigen, dass der Eingriff verhältnismäßig ist. Was hier aber gemacht wird, ist pure Spekulation, ohne konkrete Zahlen zu haben. Im Hellfeld, also dem Bereich der bekannten Infektionen, finden nur 0,5 % der Infektionen in den Restaurants statt.

Es gibt einen unbekannten Bereich von 75 %. Da können Sie nicht in statistisch unzulässiger Art und Weise sagen: Das könnte das sein oder das könnte das sein. - Das ist reine Spekulation. Da könnten Sie auch sagen: „Die Dunkelziffer stammt aus dem ÖPNV“, oder: „Die Dunkelziffer stammt aus den Kitas oder aus dem Einzelhandel oder von den Friseuren.“ Mit der gleichen subjektiven Begründung könnten Sie dann auch deren Schließung fordern. Nein! Wenn es eine Messung gibt, die darlegt, dass es für diesen Bereich einen unterproportional niedrigen Infektionsgrad gibt, können Sie nicht aus einer großen Dunkelziffer in statistisch unzulässiger Weise eine derart große Betroffenheit herberechnen, um damit in verhältnismäßiger Art und Weise deren Schließung zu rechtfertigen.

Dem können wir nicht zustimmen und sehen uns hier unisono mit der Auffassung der Kassenärztlichen Bundesvereinigung samt den dahinterstehenden Forscher- und Berufsverbänden, die der Vereinbarung in dieser Hinsicht widersprechen. Genau deswegen schlagen wir an dieser Stelle eine Abweichung vor. Es sollte klar sein, dass auf subjektiven Vermutungen basierend ...

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine zweite Zwischenfrage?

Herr Abg. Vida (BVB/FW):

Bitte schön.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Abgeordneter Klemp, bitte.

Herr Abg. Klemp (B90/GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Kollege Vida, dass Sie auch diese Zwischenfrage zulassen. Sie haben, genau wie zuvor die AfD, mehrfach auf die gemeinsame Erklärung der Ärzteschaft und der Wissenschaft von dieser Woche verwiesen.

Ich möchte Sie fragen: Ist Ihnen bekannt, dass die gemeinsame Erklärung sehr kritisiert wird? Ist Ihnen bekannt, dass unter dieser gemeinsamen Erklärung offenbar auch Verbände stehen, die dem nie zugestimmt haben? Ist Ihnen bekannt, dass auch maßgebliche Ärzte sich dagegen wehren? Ich zitiere zum Beispiel Herrn Professor Dr. Sander von der Charité, der sagt:

„Diese Erklärung wird von keiner medizinisch-wissenschaftlichen Fachgesellschaft und auch nicht von Klinik-ärzt*innen unterstützt.“

Das Positionspapier suggeriert ja, dass es eine generelle Position der Ärzteschaft wiedergebe.

„Eine ‚gemeinsame Position von Wissenschaft und Ärzteschaft‘ ist dies ganz sicher nicht!“

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Bitte schön, Herr Abgeordneter Vida.

Herr Abg. Vida (BVB/FW):

Wissen Sie, so wie ich diesen Ärzten eine Position zubillige, billige ich sie auch anderen zu. Es geht nicht an, sehr geehrter Herr Klemp, dass Sie ein qualifiziertes Papier, maßgeblich von Prof. Streeck verfasst, hier pauschal verurteilen, nur weil es noch andere Positionen gibt.

Ich habe auch nicht das gesamte Papier wiedergegeben. Sie deuteten das an, indem Sie sagten, ich hätte daraus zitiert. Ein Papier, das von sämtlichen deutschen Tageszeitungen zitiert wird, das der breiten wissenschaftlichen Diskussion anheimgestellt wird, darf sicher auch hier im Landtag zitiert werden, ohne dass ich Ihre unterschweligen Andeutungen hier ernsthaft kommentieren muss.

Es geht doch gar nicht darum, dass wir hier das Papier beantragen. Wir weisen darauf hin, dass Sie bei der Schließung von Gaststätten - auch laut den Zahlen des RKI, denen Sie folgen - die niedrigste Betroffenheit im Freizeitbereich tangieren. Außerdem werden dadurch Substitutionseffekte in den privaten Bereich hinein geschaffen. Das können Sie nicht widerlegen. Sie können zwar sagen, dass es Ärzte gibt, die dieses Papier kritisieren - da stehen noch ganz andere Sachen drin, die gar nicht Gegenstand unseres Entschließungsantrags sind -, aber dass es in diesem Bereich, in den Restaurants, vorbildliche Hygienekonzepte gibt, eine vorbildliche Nachverfolgung von Kontakten, das können Sie doch nicht ernsthaft bestreiten!

Unser einziger Kritikpunkt, den wir heute in den Antrag gießen - mündlich habe ich noch ein paar andere Punkte -, besteht darin, dass Sie nachweisen müssen, dass diese Einschränkung nicht nur verhältnismäßig im engeren Sinne ist, also im Hinblick auf die Wirtschaftsleitung, die dadurch beschädigt wird, sondern auch nicht dazu führt, dass Sie im privaten Bereich einen Anstieg an Infektionen provozieren, obwohl es sich um einen Bereich handelt, der ganz besonders gut den Hygienevorschriften folgt.

So etwas in einer parlamentarischen Diskussion vorzustellen, zu diskutieren, zu debattieren und in einem Punkt zu einem anderen Ergebnis zu kommen, das ist doch ein normaler Vorgang. Ich muss mich schon sehr wundern: Bei dieser Vereinbarung war der einzige Ministerpräsident - und das ist nicht gerade der, der uns täglich Fanpost schreibt -, der sich zu einer Protokollerklärung sozusagen hat nötigen lassen, der Ministerpräsident von Thüringen. Er hat die Größe gezeigt, zu sagen, dass das eine Sache ist, die die Landtage diskutieren müssen. Alle anderen sind nicht auf die Idee gekommen, eine solche parlamentarisch-demokratische Protokollerklärung abzugeben.

(Zuruf)

Ich nehme Bezug darauf, weil ich es für angemessen halte, darüber hier zu diskutieren.

(Ministerpräsident Dr. Woidke: Dafür braucht es doch keine Protokollerklärung, Herr Vida. Wir machen es; dafür sitzen wir doch hier!)

- Genau. Und wie Sie es machen, sieht man ja. Man erlaubt sich, aus einem Papier eines Teils der Ärzteschaft zu zitieren, und daraufhin wird in Abrede gestellt, dass man überhaupt zu unterschiedlichen wissenschaftlichen Betrachtungen kommen und daraus unterschiedliche politische Schlussfolgerungen ableiten kann. Aber dafür gibt es doch die Landtagsdebatte!

Wenn der Ministerpräsident mir jetzt in seiner charmanten Art zuruft: „Dafür machen wir Landtagsdiskussionen“, dann sage ich: Genau! Von dieser Möglichkeit mache ich Gebrauch und weise darauf hin, dass von den 20 Punkten des Katalogs, den Sie besprochen haben, ein Punkt so unverhältnismäßig wirkt, dass wir hier eine Änderung vorschlagen - so wie die Linke andere Vorschläge macht. Ich finde, es ist das Normalste von der Welt, dass man uns zumindest den Rahmen einer scheinbar ergebnisoffenen Diskussion zubilligt. Von dieser Möglichkeit machen wir Gebrauch.

Ich erwarte in diesem Zusammenhang die dritte Zwischenfrage.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Bitte schön, Frau Abgeordnete Kniestedt.

Frau Abg. Kniestedt (B90/GRÜNE):

Vielen Dank. - Herr Vida, die Diskussion um all das ist nicht nur erlaubt, sondern sogar notwendig. Vor Ihnen steht gerade die Kneiperin, die, wenn sie ihren Heimatort wieder erreicht hat, Anträge auf Kurzarbeit für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schreiben wird, und die ab kommenden Sonntag eigentlich Kulturveranstaltungen durchführen wollte und sich daher auch mit Künstlerinnen und Künstlern ins Benehmen setzen muss, um bestimmte Dinge abzusagen oder zu verändern.

Ich habe mich in den letzten Tagen sehr mühsam zu diesen Beschlüssen durchgerungen und stehe zu ihnen. Kein Mensch hat bestritten, dass die Theater und die Restaurants großartige Hygienekonzepte haben. Ich finde nur, wir müssen den Leuten draußen sagen: Es geht nicht darum, Betreiber von Restaurants oder Künstlerinnen und Künstler zu bestrafen, sondern es geht darum, die Kontakthäufigkeit von Menschen zu begrenzen. Menschen begeben sich von A nach B, ins Restaurant und zurück. Darum geht es: in diesen Bereichen die Kontakte zu beschränken.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zu Ihrer Frage.

Frau Abg. Kniestedt (B90/GRÜNE):

Sind Sie damit einverstanden, Herr Vida?

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Bitte schön.

Herr Abg. Vida (BVB/FW):

Ich nehme zunächst zur Kenntnis, dass ich nicht der Einzige im Hause bin, der ein langes Statement am Ende doch noch in eine Frage umwandeln kann. Insofern sind wir uns da näher als gedacht.

Ich nehme ebenfalls zur Kenntnis, dass Sie sich zu den Beschlüssen durchringen konnten. Das vertieft zumindest den Eindruck, dass Sie das Papier doch ein bisschen früher hatten als wir, zumindest auf amtlichem Wege. Ich glaube, es kam vorhin um 09.33 Uhr per E-Mail. Wir haben es natürlich auf anderem Wege schon gelesen; aber der Einwand des Parlamentarischen Geschäftsführers der Linken, dass man das auf amtlichem Wege, auf ordentlichem parlamentarischem Wege bekommt, ist völlig legitim. Sie haben also offenbar, wie Sie sagten, daran mitgewirkt.

In der Tat ist es mir bekannt, dass es nicht nur um die Bemessung dessen geht, was vor Ort passiert, sondern auch um die Kontakte auf dem Wege dorthin. Nur, die Kontakte auf dem Weg dorthin begrenzen Sie doch gar nicht, und das zu Recht. Der ÖPNV bleibt als ein großer Träger der Kontaktmöglichkeiten, was wir logischerweise nicht kritisieren.

Sie schaffen ein erhöhtes Ausweichverhalten in den privaten Raum hinein, wo es keine Kontrollen geben kann und auch nicht geben sollte. Genau deswegen ist die Maßnahme nicht geeignet, im Saldo zu einer verbesserten Infektionslage zu führen, und ge-

nau deswegen haben Sie die 0,5 %. Da können Sie nicht 75 % pauschal draufschlagen oder einfach mit der Dunkelziffer argumentieren.

Denn auch die Bewegung hin zu diesen Punkten ist - zum Glück - nicht in einer Art und Weise reglementiert, dass Sie dort eine erheblich niedrigere Infektionszahl erzeugen könnten. Vielmehr ist festzustellen, dass die Hygienekonzepte, die Sie selber favorisiert und die Sie selber aufgestellt haben - ich erinnere mich noch daran, wie die Landesdatenschutzbeauftragte Kontrollen durchgeführt hat, ob nicht sogar zu viele Daten erhoben werden; auch darüber haben wir im Landtag diskutiert -, gerade in den Restaurants, weil sie dort einer öffentlichen Betrachtung ausgesetzt sind, in einer Weise wirken, dass man dies wirklich würdigen muss.

Da muss man auch entsprechende Schlussfolgerungen ziehen. Wenn man das aber nicht begründen und nicht zweifelsfrei und belastbar darlegen kann, dann können Sie den Eingriff in die Berufsfreiheit nach Artikel 12 Grundgesetz in dieser absoluten Form nicht vornehmen. Man könnte über verschärfte Hygienekonzepte, über noch größere Abstände reden, also graduell, aber nicht mit einem absoluten Ergebnis, welches eine Gleichstellung der Gastronomie mit Bereichen vornimmt, wo es nachgewiesenmaßen ein höheres Infektionsgeschehen gibt.

Ich nehme aber zur Kenntnis, dass wir zumindest darüber diskutieren dürfen. Deshalb erwarten wir hier in Übereinstimmung mit vielen Ärzten - wenn auch nicht mit allen; aber deren Stimme zählt auch -, dass ein Grundrechtseingriff in dieser Dimension auf einer fundierten Zahlenbasis erfolgt.

Das war übrigens auch der Grund, warum wir als BVB / FREIE WÄHLER die Sperrstunde und das Beherbergungsverbot kritisiert haben. Die Härte der Maßnahmen und die damit verbundenen Schäden und Einschränkungen der Grundrechte ließen sich mit den vorliegenden Zahlen zum Infektionsgeschehen nicht plausibel begründen. Folglich wurden die Maßnahmen, wenn auch nicht durch uns, aber durch die Verwaltungsgerichte gekippt, sodass dieser Gerichtsentscheid aus unserer Sicht nicht überraschend kam. Auch das waren Maßnahmen, die von Kanzlerin und Ministerpräsidenten beschlossen wurden. Das zeigt uns: Sogar hier ist niemand unfehlbar.

Deswegen sollte man auch nicht ohne Debatte und Analyse der Hinweise die Entscheidungen einfach eins zu eins übernehmen, nur weil sie in dem gleichen Kreis getroffen wurden. Die Beteiligung der Kanzlerin und die Beteiligung mehrerer Ministerpräsidenten entbindet Sie, meine Damen und Herren von der Landesregierung, nicht von der Pflicht, die Vorschläge gründlich zu prüfen und gerichtsfest mit Zahlen zu begründen.

Nein, sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender Stohn, es ist kein Wert an sich, dass Einhelligkeit bei der Ministerpräsidentenkonferenz herrschte. Das ist kein demokratischer Wert; ein Wert ist vielmehr, dass passgenaue Maßnahmen gefunden werden, die auch zahlenmäßig untermauert werden.

Deswegen war ich auch so irritiert, weil Sie davon sprachen, dass wir hier eine Debatte führen und juristische Abwägungen vornehmen; Herr Redmann hat ja eine kleine Vorlesung gehalten. Nein, der gerichtliche Schuss vor den Bug hinsichtlich des Beherbergungsverbots hat leider nicht zu einem Umdenken geführt. Stattdessen erklärte der Ministerpräsident noch vor wenigen Tagen im Fernsehen, dass der Beschluss des Gerichts ein falsches Signal sei.

Nun möchte ich den Ministerpräsidenten daran erinnern, dass es Aufgabe der Gerichte ist, Recht zu sprechen und Abwägungen vorzunehmen, nicht aber, Signale zu senden, schon gar nicht politische Signale. - Das haben Sie gesagt, oder nicht?

(Ministerpräsident Dr. Woidke: Ich habe es gesagt und ich stehe dazu!)

- Danke schön. Sie stehen dazu, und genau das ist die Situation. Sie können dazu stehen, aber dann habe ich auch das Recht, das hier zu kritisieren. Es ist die Aufgabe der Exekutive, Herr Ministerpräsident, diese Entscheidung zu würdigen und bei zukünftigen Handlungen zu beachten, und nicht trotz zu sagen: Ich stehe dazu.

Es ist Ihre rechtsstaatliche Pflicht, die Maßnahmen an den gerichtlichen Entscheidungen zu messen.

Nun könnte man als Argument bringen: Die Unternehmer bleiben ruhig, sie werden nicht klagen, weil sie großzügig entschädigt werden. - Glauben Sie bitte nicht, dass das funktionieren wird! Der DEHOGA prüft bereits rechtliche Schritte.

Im Übrigen ist es schon einmal so gewesen, dass in diesem Hause den Unternehmen große Ankündigungen gemacht worden sind. Im März dieses Jahres versprach Minister Steinbach, dass mit finanzieller Hilfe dafür gesorgt werde, dass die Kleinunternehmer trotz des Lockdowns nicht zum Amt müssten. Nur Tage später sagte dann der Minister: Von einer Hilfe zu den laufenden Kosten war nie die Rede. Die Betroffenen können zum Amt gehen, um Lebensunterhalt zu beantragen. - Selbst unsere Anträge, dass Sie Ihre Versprechen doch noch einlösen sollten, wurden von der Koalition abgelehnt.

Die Unternehmer haben wegen dieser Aktion mehr Vertrauen in ihre Kunden und mehr Vertrauen in die Verwaltungsgerichte als in die Versprechen der Regierungsvertreter. Vielleicht schaffen Sie es ja, ein wenig verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen, wenn Sie sich diesmal an Ihre eigenen Zusagen halten und sich auf statistisch begründbare Maßnahmen beschränken. Zu wünschen wäre es für all die Betroffenen, die nach diesem Katastrophenjahr ohnehin am Rande der Insolvenz stehen.

Wir müssen die Zahlen immer ganz exakt analysieren, und wir müssen für Akzeptanz werben. Etwaige Hausbesuche zur Kontrolle oder gar ein Ankündigen eines solchen Vorgehens oder Aufrufe, Nachbarn zu melden, sind inakzeptabel und tragen zu Trotzreaktionen bei, die eine abgeklärte und umsichtige Befassung mit Corona geradezu verhindern und eher ins Gegenteil verkehren.

Es ist daher unsere Aufgabe, nötige und sinnvolle Maßnahmen zu finden und diese den Bürgern näherzubringen. Wenn jetzt Friseursalons offen bleiben, Kosmetikstudios aber schließen müssen, kann man das nur bedingt nachvollziehen. Wenn Profisport erlaubt bleibt, der Vereins- und Freizeitsport hingegen verboten wird, zum Teil mit unterschiedlichen Hallenbeschränkungen - je nach Trägerschaft, ob es eine gemeindliche oder eine kreisliche Halle ist -, sind das Dinge, mit denen Sie bei den Menschen auf kein Verständnis treffen werden.

Der Erfolg solcher Maßnahmen fußt darauf, dass die Menschen bereit sind, erneut enorme Belastungen zu tragen. Denjenigen, die diese Belastungen ertragen müssen, müssen wir beistehen. Es muss eine Perspektive geben, dass diese Maßnahmen wir-

ken und nur so lange anhalten wie nötig. All die Pfleger, die Rettungskräfte, das medizinische Personal stehen wiederum vor großen Herausforderungen. Man kann jetzt schon sagen: Sie werden sich eine spürbare Sonderprämie zu Weihnachten verdient haben, die sie uns als Land wert sein sollten und die wir auch stemmen sollten.

Wir als BVB / FREIE WÄHLER werden immer dafür einstehen, dass sinnvolle und nötige Maßnahmen zum Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger ergriffen werden. Wir wollen denen beistehen, die besonders gefährdet sind. Da, wo Maßnahmen zu übergriffen werden, fordern wir Zurückhaltung.

Die heute vielbeschworene Disziplin, die Geduld und das Durchhaltevermögen der Brandenburger waren vorbildlich, und darauf können wir setzen. Sie können von uns aber auch erwarten, dass sich das auf Maßnahmen beschränkt, die erwiesenermaßen notwendig und wirkungsvoll sind.

Lassen Sie mich abschließend sagen, und zwar im Widerspruch zu dem, was einige gesagt haben: Wir wollen nicht lernen, mit dem Virus zu leben, sondern wir wollen es besiegen. Daher komme ich an dieser Stelle noch auf einen anderen Aspekt, der mir sehr wichtig ist: Unsere Hoffnung und unsere Gebete sind bei all den Forschern weltweit, die im Akkord an einem Impfstoff arbeiten. Auch ihnen gelten unsere Hochachtung und unser Dank.

Wir hier im Landtag tun gut daran, die Festlegungen der Konferenz sinnvoll umzusetzen. Sinnvoll heißt aus unserer Sicht, vieles davon umzusetzen und zeitnah auf den Weg zu bringen, aber die Gaststätten in Brandenburg offen zu halten. - Vielen Dank.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. - Als nächste Rednerin spricht Frau Abgeordnete Petra Budke für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Frau Abg. Petra Budke (B90/GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Abgeordnete! Liebe Zuschauende! Es ist erschreckend, wie sich die AfD heute mit ihrem neuen Fraktionsvorsitzenden, Dr. Christoph Berndt, in einer dramatischen Krise verhält. Schon im September hat er die Pandemie mit ihren für viele Menschen tödlichen Folgen einfach für beendet erklärt, um unbequeme Konsequenzen und Regeln nicht mittragen zu müssen. Das finde ich völlig verantwortungslos. Jetzt wird hier an die Eigenverantwortung der Menschen appelliert - selbstverständlich ohne Masken. Wohin das führt, haben wir in Ländern wie den USA oder Brasilien gesehen. Dann auch noch zu sagen, dass man den Tod von Menschen eben in Kauf nehmen müsse, so wie der AfD-Fraktionschef im Bundestag, Alexander Gauland, grenzt schon an menschenverachtenden Zynismus!

Und das alles in einer Situation, in der die Infektionszahlen in Deutschland und inzwischen auch in Brandenburg dramatisch ansteigen. Die Zahl der gemeldeten Corona-Neuinfektionen ist so hoch wie nie. Stand heute hat die Zahl in Deutschland mit weit über 18 000 Fällen einen neuen Höchstwert erreicht. Die Zahl der Todesfälle stieg auf über 10 000. Auch in Brandenburg sieht es nicht gut aus. Stand heute gibt es 8 052 laborbestätigte Covid-19-Fälle, das sind 422 mehr als am Vortag. Wir verzeichnen 199 Todesfälle. Nahezu alle Kreise und kreisfreien Städte in Brandenburg gelten inzwischen als Risikogebiet.

Wir alle haben sie noch im Kopf: die dramatischen Bilder aus Bergamo in Italien aus dem Frühjahr, wo Militärlaster die viel zu vielen Toten zum Friedhof fuhren, alte Menschen einsam und allein in Pflegeheimen starben und überlastete Ärztinnen und Ärzte in Krankenhäusern entscheiden mussten, wen sie noch intensivmedizinisch betreuen können und wen sie sterben lassen müssen.

Wir haben im Frühjahr einiges auf uns genommen, um solche Szenarien zu vermeiden, die Menschen - insbesondere Ältere und Gefährdete - zu schützen und unser Gesundheitssystem nicht zu überlasten. Wir haben Kitas und Schulen, Geschäfte und Restaurants, Kultureinrichtungen, Freizeit- und Sportstätten geschlossen. Nahezu das gesamte gesellschaftliche Leben kam mit harten sozialen und finanziellen Folgen für sehr viele Leute zum Erliegen. Wir hatten mit dieser Strategie Erfolg: Die Infektionszahlen sanken. Und als wir im Sommer wieder öffnen und vorsichtig zum sozialen Leben zurückkehren konnten, haben wir alle so richtig aufgeatmet.

Natürlich haben wir im tiefsten Herzen gehofft, dass sie nicht kommt, die sogenannte zweite Welle, dass alles nicht so schlimm wird und wir keinen zweiten Lockdown brauchen würden. Doch nun sind wir mittendrin in der zweiten Welle. Die Infektionszahlen steigen exponentiell an und zwingen uns zum Handeln.

Ein Blick auf die Lage in unseren Nachbarländern zeigt, wie dramatisch die Situation werden kann, wenn sie außer Kontrolle gerät. Belgien ist trauriger Spitzenreiter und verzeichnet bereits 11 308 Tote - bei einem Achtel der Bevölkerung der Bundesrepublik. Jedes zweite Altenheim dort meldet mindestens einen Corona-Fall. Die Zahl der Krankenhausaufnahmen hat sich um 80 % erhöht und die Intensivbetten sind größtenteils belegt. Der Pflegenotstand ist so groß, dass infizierte Pflegekräfte, die keine Symptome zeigen, weiter zur Arbeit erscheinen müssen. Fachleute prophezeien, dass es nicht mehr lange dauern wird, bis die Krankenhäuser sich in der Situation befinden, über Menschenleben entscheiden oder einfach ihre Türen schließen zu müssen.

Auch ein Blick in unser Nachbarland Polen offenbart, wie kritisch die Situation ist. Seit dem 24. Oktober ist das gesamte Land wieder als Risikogebiet eingestuft. Die Zahl der Neuinfektionen innerhalb von 24 Stunden belief sich am 28. Oktober auf 18 820 Fälle. Die Todesraten sind erschreckend: Innerhalb von 24 Stunden starben 236 Menschen am Coronavirus. Die Krankenhäuser sind hoffnungslos überfordert. Es wäre ein wunderbares und dringend notwendiges Zeichen der Solidarität, wenn wir aus Brandenburg medizinische Hilfe anbieten und Krankenhausbetten zur Verfügung stellen könnten.

Am Mittwoch haben sich die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten in ihrer Runde mit der Bundeskanzlerin einstimmig - ich betone: einstimmig - auf ein bundesweites Maßnahmenpaket verständigt und sich auf einen sogenannten Lockdown light geeinigt. Damit sind der unübersichtliche Flickenteppich von Maßnahmen und das Vorpreschen einzelner Länder, bei dem immer eines das andere bei der Härte der Eingriffe oder der Schnelligkeit der Öffnungen übertrumpfen wollte, hoffentlich beendet. Um die Beschlüsse hier im Landtag Brandenburg zu diskutieren - und zwar, bevor das Kabinett heute eine neue Umgangsverordnung für Brandenburg beschließen wird -, haben wir diese Sondersitzung beantragt.

Liebe Linksfraktion, ich muss euch sagen: Das unterscheidet uns maßgeblich von anderen Ländern, wir nehmen hier eine Vorreiterrolle ein. Im Nachbarland Berlin beispielsweise, wo ihr be-

kanntlich an der Regierung beteiligt seid, hat der Senat die Maßnahmen bereits gestern Abend beschlossen, debattiert wird aber erst am Sonntag.

(Zurufe)

- Stimmt das? Oder stimmt es nicht? - Dann widerspricht mir bitte! - Die Landesregierung hat die Krise bisher - gerade verglichen mit den Laut-Sprechern und planlosen Aktionisten in anderen Ländern - mit kühlem Kopf und klugem Abwägen bekämpft. Dafür gebühren ihr Dank und Anerkennung.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Frau Abg. Petra Budke (B90/GRÜNE):

Nachher. - Mit dem erneuten rapiden Ansteigen der Infektionswelle stehen wir vor der Notwendigkeit, wieder harte Einschnitte beschließen zu müssen. Bei all diesen Maßnahmen müssen wir die verschiedenen Grundwerte, auf denen unsere demokratische Gesellschaft ruht, mitunter schmerzhaft gegeneinander abwägen. Weil das so ist, ist es wichtig, dass wir - die gewählten Abgeordneten - stärker als bisher einbezogen werden. Nur so erfüllen wir das, was die Bürgerinnen und Bürger des Landes von uns erwarten: ihre Interessen hier im Parlament zu vertreten. Denn in unserer parlamentarischen Demokratie ist es zum Glück so, dass Einschnitte in die Grundrechte nur unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit und auf einer belastbaren gesetzlichen Basis erfolgen dürfen. Die Debatten, die im Bundestag, in diesem Landtag und in den anderen Landtagen dazu geführt werden, sind der Beweis, dass wir diese Rolle ernst nehmen und ausfüllen.

Um für künftige Notlagen besser gerüstet zu sein, brauchen wir ein parlamentarisches Beteiligungsgesetz. Die Beteiligung des Parlaments muss über eine reine Information der Abgeordneten hinausgehen. Sie muss auch darüber hinausgehen, ein reines Infektionsschutz-Beteiligungsgesetz zu sein, denn wir haben möglicherweise auch andere Notlagen. Ein solches Gesetz wollen wir auf der Grundlage unserer Verfassung in den nächsten Monaten hier im Landtag erarbeiten, darauf haben wir uns mit den Koalitionspartnern verbindlich geeinigt.

Wir beraten heute weitreichende Einschränkungen, um die Corona-Pandemie zu bekämpfen. Wir alle hatten gehofft, dass das nicht notwendig werden würde und wir auf diese Schritte verzichten könnten.

(Zuruf)

- Du kannst mich gleich etwas fragen, bitte am Ende.

Doch nun ist die sogenannte zweite Welle da, und wir müssen die exponentielle Ausbreitung des Virus bekämpfen, bevor die Situation außer Kontrolle gerät, und gerade auch diejenigen schützen, die sich in Krankenhäusern, Pflegeheimen, Schulen und Kitas oder an der Kasse beim Einkauf, auf dem Müllwagen - wo auch immer - dafür einsetzen, dass unser Leben weitergehen kann. Diese Einschnitte sind hart, und sie sind schmerzhaft.

Die nächsten Wochen werden uns allen wieder viel abverlangen - gesellschaftlich, psychisch und wirtschaftlich. Doch wir haben auch aus den vergangenen Monaten gelernt und ziehen daraus

unsere Lehren. Auch wenn wir noch keine Medikamente und keinen Impfstoff haben, wissen wir doch mehr über das Virus und seine Ausbreitung.

Es ist wichtig, dass wir unsere Bildungseinrichtungen, Kitas und Schulen dieses Mal offen halten. Kinder, Jugendliche und Familien haben unter dem harten Lockdown im Frühjahr in ganz besonderem Maße gelitten. Sie brauchen soziale Kontakte und Bildung. Und die Spaltung zwischen Arm und Reich, zwischen Kindern, die zu Hause gut gefördert werden, und solchen, denen Unterstützung fehlt, darf nicht noch weiter gehen. Auch die Bedürfnisse von Älteren, psychisch Kranken oder Menschen mit Behinderungen dürfen wir nicht aus dem Blick verlieren. Auch wenn die Situation in den Pflegeheimen oder sozialen Einrichtungen besonders schwierig ist, darf es doch nicht wieder zu völliger Isolation der Menschen kommen. Gerade sie sind auf den sozialen Austausch mit ihren Liebsten besonders angewiesen.

Als wir uns am Dienstag beim „Flügelkonzert“ hier vorm Landtag trafen, haben wir alle gespürt, wie sehr wir Kunst und Kultur brauchen und wie sehr sie uns Menschen zusammenbringen. Es war so gut und tröstlich, tolle Musiker wie Igor Levit oder Sebastian Krumbiegel hier zu haben. Kunst ist essenziell für unser Leben.

Es tut mir ungeheuer leid, dass nun wieder die Kultur- und Veranstaltungsbranche und so viele Selbstständige und kleine Unternehmen betroffen sind. Viele von ihnen - das wurde uns heute ja auch erklärt - haben sich mit guten Hygienekonzepten auf die Krise eingestellt, haben investiert, umgebaut und sind nun doch wieder betroffen. Und sie verstehen nicht, warum es sie wieder trifft, obwohl sie sich doch an alle Regeln gehalten haben und sich niemand bei ihnen infiziert hat.

Die Cafés und Restaurants, die Hotels und Pensionen - all die Orte, die mir und vielen anderen für eine kleine Auszeit so lieb sind - müssen wieder schließen. Wir haben es auch gehört: Etwa ein Drittel aller Betriebe steht dadurch vor dem finanziellen Ruin. Das darf nicht passieren! Deshalb bin ich froh, dass der Bund schnelle und unbürokratische Hilfe angekündigt hat, dieses Mal auch so, dass auch diejenigen profitieren, die hauptsächlich Einnahmeverluste haben. Nun geht es um die konkrete Ausgestaltung dieser Maßnahmen. Die neuen Hilfen müssen die Adressaten schnell und unbürokratisch erreichen; einfache Beantragung und zügige Bewilligung sind essenziell.

Den Kulturbereich treffen die notwendigen Einschränkungen besonders hart, denn hier dauern die Kontaktbeschränkungen bereits am längsten an und müssen nun wieder verschärft werden - und das, obwohl viele Kulturakteure engagierte Hygienekonzepte vorgelegt haben. Es darf nicht sein, dass uns Bundesfinanzminister Olaf Scholz bei den Solo-Selbstständigen und Kleinunternehmen wieder ein Korsett restriktiver Förderbedingungen, an denen wir dann im Land nichts mehr ändern können, auferlegt.

Die Einschränkungen des Lockdowns treffen die Branchen wieder besonders, die schon wegen des bisherigen Verlaufs der Pandemie in Existenznot gebracht wurden. Die Lebenshaltungskosten von Solo-Selbstständigen waren bislang von allen Hilfen ausgenommen; sie wurden einfach auf die Grundsicherung verwiesen. Direkt betroffenen Unternehmen 75 % der Umsatzerlöse aus dem Vorjahresnovember zu ersetzen ist ein Schritt in die richtige Richtung, wir wünschen uns aber mehr.

Es besteht nämlich die Gefahr, dass indirekt Betroffene wie etwa die Tontechnikerin oder der Bühnenbauer erneut auf der Strecke

bleiben. Sie haben kein Arbeitsverbot, die Aufträge brechen ihnen dennoch zu 100 % weg. Wir fordern daher vom Bund ein staatlich finanziertes Selbstständigengeld für Unternehmerinnen und Unternehmer.

Auch viele Studierende verlieren nun voraussichtlich wieder Nebenjobs, insbesondere in der Gastronomie. Bundesbildungsministerin Karliczek darf die Studierenden nicht erneut mit einer bürokratischen und völlig unzureichenden Nothilfe abspeisen. Die Ministerin muss das BAföG jetzt schnell als temporäre Corona-Hilfe öffnen und nach der Krise umfassend reformieren.

Klar muss auch sein: Die Krise darf nicht dazu führen, dass Arbeitsplätze dauerhaft verloren gehen. Das Kurzarbeitergeld muss insbesondere im Niedriglohnbereich weiterhin großzügig geregelt werden. Die Tarifparteien sind gefordert, Lösungen zu finden, wie die kurz- und mittelfristigen Lasten der Krise fair verteilt werden können. Auch die Aufstockung des Kurzarbeitergeldes durch die Arbeitgeber gehört auf die Agenda. Vorstöße wie von der IG Metall zu Modellen der Viertagewoche ohne vollen Lohnausgleich zeigen, dass die aktuelle Krise auch Anlass sein kann, neue Lösungen zu finden, die beim ökosozialen Strukturwandel der Wirtschafts- und Arbeitswelt ohnehin gebraucht werden.

Wir werden mit dieser Krise noch eine Weile leben müssen. In den vergangenen Wochen ging es auch immer wieder um das Warten auf den Impfstoff. Aber selbst wenn er da ist, braucht es Verantwortung und Ruhe, um die sinnvolle Verteilung des Impfstoffs zu organisieren; es wird seine Zeit brauchen, bis alle geimpft sind.

Wir werden und müssen lernen, weiter mit der Pandemie umzugehen, und wir werden neue und bessere Maßnahmen finden. Wir wollen die Parlamente und auch die Bürgerinnen und Bürger stärker beteiligen. Denn nur, wenn sie mitmachen, die Maßnahmen akzeptieren und sich an die Regeln halten, wird uns die Bekämpfung dieser Pandemie gelingen.

Die von den Ministerpräsidentinnen und -präsidenten einstimmig getroffene Entscheidung ist eine, die schwerfiel und einzig von der dringenden Notwendigkeit, die Infektionszahlen zu verringern, und der Abwägung, was genau dafür passieren muss, geleitet war.

Im Kern geht es darum, die Summe der Kontakte zu reduzieren, den Kindern und Jugendlichen aber weiterhin soziale Kontakte und Bildung in Kita und Schule zu ermöglichen. Wenn wir das wollen - und wir wollen das -, müssen alle anderen Kontaktmöglichkeiten für eine gewisse Zeit - jetzt erst einmal für den November - heruntergefahren werden. Wie es dann zu Weihnachten aussieht, wissen wir noch nicht.

Es geht zu einem wesentlichen Teil um Solidarität: um Solidarität der Bundesländer untereinander, die es nun endlich geschafft haben, den Flickenteppich an undurchschaubaren Maßnahmen zu beseitigen - das war schwer genug -, um Solidarität der weniger betroffenen mit den schwer betroffenen Gebieten, um Solidarität mit den Mitarbeitenden in den Krankenhäusern und um Solidarität mit den besonders Betroffenen und Schutzbedürftigen.

Lassen Sie uns gemeinsam solidarisch handeln und der Corona-Pandemie entschlossen entgegentreten! - Vielen Dank.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. - Jetzt haben wir eine Kurzintervention von Herrn Domres und zwei Zwischenfragen, die am Schluss eigentlich nicht gestellt werden dürfen. Ich lasse sie ausnahmsweise zu, weil wir mitten im Disput sind. Herr Stefke hat das Wort, danach Frau Johlige, anschließend folgt die Kurzintervention. - Bitte schön.

Herr Abg. Stefke (BVB/FW):

Vielen Dank, Frau Präsidentin, dass Sie die Frage zulassen, auch Frau Budke, dass sie dem zugestimmt hat.

Ich habe folgende Frage: Stimmen wir überein, dass es mit dem „Lockdown light“ jetzt im November nicht getan sein wird? Sie deuteten am Schluss an, im Dezember müssten wir dann einmal gucken. Es ist schön, dass wir heute hier diese Debatte führen können. Sie und Herr Stohn haben eine stärkere Beteiligung des Landtags avisiert. Wann wird denn - das ist jetzt die Frage - diese Gesetzesvorlage kommen, dass wir als Landtag tatsächlich noch stärkere Mitwirkungs- und Beteiligungsmöglichkeiten bekommen?

Denn im April, Mai, Juni wird es wahrscheinlich zu spät sein. Also, wir sollten frühzeitig, so schnell wie möglich diese Vorlage bekommen und dann beschließen, damit das auch umsetzbar wird. - Danke schön.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Frau Johlige schließt am besten gleich an, und danach antwortet Frau Budke. Bitte schön.

Frau Abg. Johlige (DIE LINKE):

Herzlichen Dank, Frau Präsidentin, dass Sie die Frage zulassen, und auch herzlichen Dank an Frau Budke. - Das geht in eine ähnliche Richtung: Ich habe mich schon gewundert, als ich den Entschließungsantrag gelesen habe, dass jetzt die Landesregierung von den Koalitionsfraktionen aufgefordert wird, Regelungen für die Beteiligung des Landtags zu schaffen. Ich möchte mal sagen: Das könnten wir selbst, wenn wir ein bisschen Selbstbewusstsein hätten und wenn die Koalitionsfraktionen vielleicht ein bisschen Selbstbewusstsein hätten. Das habe ich schon mehrmals kritisiert.

Meine Frage ist: Ihre Argumentation war, es könnten auch noch andere Krisen kommen, und deshalb müssten wir uns ganz viel Zeit lassen und in den kommenden Monaten mal für die Beteiligung des Landtags sorgen. Da sage ich: Wir haben aber jetzt eine Krise. Deshalb möchte ich gern von den Grünen wissen, ob das bedeutet, dass sie der Meinung sind, dass der Landtag bei Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung auch weiterhin nicht oder nur unzureichend einbezogen werden soll. Habe ich die Grünen an dieser Stelle richtig verstanden?

(Zurufe)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Bitte schön, Frau Abgeordnete Budke.

Frau Abg. Petra Budke (B90/GRÜNE):

Vielen Dank für diese Fragen.

Ich glaube, es sind zwei Paar Schuhe. Das eine ist: Was macht die Landesregierung? Auch von der Landesregierung erwarten wir natürlich Regelungen zu einer besseren Beteiligung. Die Landesregierung hat ja bereits reagiert. Wir werden jetzt zügiger informiert. Das dürfte hier auch allen klar geworden sein.

Zum anderen möchten wir als Parlament - ich denke, das ist die ureigene Aufgabe des Parlaments - natürlich ein Gesetz entwickeln. Ich kann dazu keine genauen Zeitangaben machen, denn ein solches Gesetz muss auf soliden Füßen stehen. Das bedeutet, dass wir auch juristisch klären müssen, was verfassungsmäßig möglich ist und was nicht.

Lassen Sie mich bitte, liebe Linke-Fraktion, ein Wort zu dem Infektionsschutz-Beteiligungsgesetz sagen: Es ist sicherlich nicht unbekannt, dass das eine Kopie eines bündnisgrünen Gesetzesentwurfs aus Niedersachsen ist. Wir möchten auch in anderen Notlagen eine Beteiligung ermöglichen. Das bedeutet nicht, dass wir diesen Gesetzesentwurf aufhalten wollen, sondern dass wir das noch erweitern möchten.

Zum anderen ist bekannt - das haben wir bereits gesagt -, dass der Entwurf handwerkliche Fehler enthält. Wir haben hier als wichtigsten Ausschuss den Hauptausschuss und nicht den Rechtsausschuss. Deshalb kann man dieses Gesetz nicht einfach so 1:1 übernehmen. Aber wir wollen an einem guten Entwurf arbeiten, und ich denke, alle hier im Landtag sind sicherlich und hoffentlich bereit, daran mitzuarbeiten. Herr Stefke, damit habe ich Ihre Frage, was das betrifft, sicherlich auch beantwortet.

Was die weiteren Entwicklungen von Corona und der Pandemie betrifft, muss ich Ihnen leider sagen: Ich bin da wirklich keine Hellseherin. Ich bin eine Optimistin und hoffe, dass wir es mit diesen Einschnitten in den nächsten vier Wochen schaffen, die Infektionszahlen deutlich zurückzudrängen. Gleichzeitig, glaube ich, sind wir uns alle bewusst, dass dieses Weihnachten anders wird, dass wir möglicherweise auch zu Weihnachten Reisebeschränkungen haben werden bzw. die Bitte aussprechen müssen, nicht zu viele Reisen und Besuche zu unternehmen und keine zu großen Feiern zu veranstalten. Das ist leider so. Sie können sich vorstellen, dass es für uns alle wirklich schwierig und hart werden wird. Aber Sie haben selbst gesagt, dass wir in einem Ausnahmejahr und einer Ausnahmesituation sind. Wir müssen, so gut es geht, mit dieser Situation umgehen.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Frau Abgeordnete Johlige hat eine Kurzintervention angemeldet. - Entschuldigung, Korrektur: Herr Domres macht eine Kurzintervention. Bitte.

Herr Abg. Domres (DIE LINKE):

Danke, Frau Präsidentin. - Liebe Petra Budke, deine Bemerkung zur Beteiligung des Landtags hat mich inspiriert, eine Kurzintervention zu machen.

Ich sage erstens noch einmal, wie es bisher war. Wir haben herausgearbeitet: Seit dem 17. März, seit der ersten Eindämmungsverordnung wurde der Landtag nicht ein einziges Mal frist-

gerecht informiert. Entweder haben wir am Tag davor oder erst danach die entsprechenden Verordnungen bekommen. Ich glaube, das ist keine sachgerechte Information nach Artikel 94 der Landesverfassung.

Zweitens. Wir haben mit dem Infektionsschutz-Beteiligungsgesetz eine gute Grundlage. Jeder hier kann sich vorstellen, dass wir sehr offen für Änderungsvorschläge sind. Wir haben am Mittwoch die Möglichkeit - nach den Ausführungen kann ich froher Hoffnung sein -, das Gesetz im Hauptausschuss erfolgreich zu verabschieden. Dann haben wir im November endlich eine Grundlage dafür, dass der Landtag bei solchen Verordnungen beteiligt wird.

Womit ich beim Punkt bin: Wir haben von der Landesregierung mehrfach die Information bekommen, dass sie eine Beteiligung des Landtags bei der Erarbeitung der Verordnung nach Bundes-Infektionsschutzgesetz für nicht grundgesetzkonform hält. Diese Position wurde im Hauptausschuss ganz klar widerlegt. Von daher haben wir durchaus die Möglichkeit, dann gemeinsam ein entsprechendes Gesetz zu erlassen und hier zu beschließen.

Himmelangst und Bange wird mir, wenn ich Ihren Entschließungsantrag lese. Frau Johlige ist in ihrer Frage schon darauf eingegangen. Warum soll denn bitte schön die Landesregierung Regelungen für die Beteiligung des Landtags bei bestimmten Regelungen erlassen?

(Zuruf)

Das ist ein Parlamentsgesetz, es ist unsere Aufgabe, unsere Arbeitsgrundlagen zu schaffen. Von daher glaube ich schon, dass das niemand anderes als wir selbst tun kann. Wir sollten selbstbewusst sein und die Beteiligung des Landtags einfordern.

Ein Letztes möchte ich ansprechen: Sie sagten, wir hätten unsere Möglichkeiten bisher nicht genutzt, Kollege Redmann. Sie hätten zuhören müssen, was der Kollege Walter gesagt hat. Er hat eindeutig gesagt, dass bei der Erarbeitung der Verordnung die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen im Blick behalten werden müssen. Deswegen: Wir haben uns sehr wohl damit beschäftigt. - Danke.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Frau Abgeordnete Budke, möchten Sie reagieren? - Bitte.

Frau Abg. Petra Budke (B90/GRÜNE):

Lieber Thomas Domres, ich glaube, ich habe gerade schon die entscheidenden Worte dazu gesagt. Wir werden uns auf den Weg machen, ein gutes, verfassungskonformes Gesetz zu erarbeiten. Das wird sicherlich nicht in einer Sitzung des Hauptausschusses erfolgen können, sondern möglicherweise auch noch juristischen Sachverstand und Gutachten erfordern. Wichtig ist doch, dass wir es jetzt auf den Weg bringen und dann endlich bekommen. - Danke schön.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. - Meine Damen und Herren, wir setzen die Aussprache fort. Zu uns spricht Frau Ministerin Nonnemacher für die Landesregierung.

Ministerin für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz Nonnemacher:

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Abgeordnete! Sie kennen sicher alle die sogenannte Reiskorn-Parabel: Ein Weiser erbittet von einem indischen König als Belohnung ein Reiskorn auf einem Feld des Schachbrettes, zwei Reiskörner auf dem nächsten Feld, vier auf dem dritten, acht auf dem vierten usw. Die Menge auf dem 64. Feld würde der Weltjahresernte an Reis mehrerer Jahrhunderte entsprechen. - Diese Parabel dient der Veranschaulichung von Exponentialfunktionen, sie zeigt, wie aus lächerlich kleinen Zahlen nach wenigen Verdopplungszyklen unvorstellbar große Mengen werden können.

Ähnlich verhält es sich mit den Neuinfektionszahlen bei SARS-CoV-2 im exponentiellen Wachstum. Während wir in Deutschland nach den erfolgreichen Eindämmungsbemühungen im Frühjahr Mitte Juli einen Tiefstand - etwa mit 248 Neuinfektionen innerhalb eines Tages am 12. Juli - erreicht hatten, waren es am 8. September bereits 1 499, gestern waren es 16 774 Neuinfektionen, und heute hat das RKI 18 681 Fälle gemeldet. Die von Bundeskanzlerin Merkel Ende September für Weihnachten prognostizierten 19 200 Neuerkrankungsfälle haben wir also mittlerweile schon beinahe erreicht. Das Infektionsgeschehen läuft mit geradezu beängstigender Dynamik mit einer Verdopplungszeit der Infiziertenzahlen von etwa 7 Tagen.

Für Brandenburg zeigt sich ein analoges Bild: Der höchste im Frühjahrs-Lockdown jemals ermittelte Wert an Neuinfektionen lag bei 187 pro Tag; das war am 3. April. Am 30. April verzeichneten wir 25 Infektionen, am 15. Juli waren es drei - drei in ganz Brandenburg -, am 1. September fünf, und heute sind es 422. Während wir am 15. Juli in Brandenburg eine 7-Tage-Inzidenz von sage und schreibe 1,0 pro 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner hatten, liegt sie heute bei 67,5 pro 100 000. 12 von 18 Kreisen und kreisfreien Städten waren gestern als Hotspots mit Werten über 50 pro 100 000 ausgewiesen; heute sind es 16 von 18, und das nur, weil ein Kreis keine Zahlen gemeldet hat. In Elbe-Elster, einem Kreis, in dem Infizierte noch vor wenigen Wochen mit der Lupe zu suchen waren, liegt der Wert heute bei 125,7 pro 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Auch bei uns im Osten färbt sich die Landkarte des RKI tiefrot ein.

Nun behaupten die Corona-Leugner, dies liege alles nur daran, dass viel häufiger getestet werde. Dazu ist zu sagen, dass die Zahl der Tests im Vergleich zu Mitte Juli letzte Woche um 167 % gestiegen war, sich die Zahl der Infektionsfälle aber um 2 871 % gesteigert hatte. Anders ausgedrückt: Die Rate positiver Tests lag im September bei 0,9 %, vor zwei Wochen bei 3,6 % und letzte Woche bei 5,6 %. Corona ist ein sehr reales Phänomen.

Darauf ist zu hören, dass dies völlig irrelevant sei, da ja überwiegend junge Leute erkrankten, die nur leichte Krankheitsverläufe erlebten, und dies überhaupt kein Problem darstelle. Solange keine hohe Zahl an Intensivpatienten oder Toten vorliege, gebe es überhaupt keinen Grund, in die Lebensgestaltung der Bevölkerung einzugreifen. Abgesehen davon, dass ich als Gesundheitsministerin eine solche Argumentation unerträglich finde, gibt es dazu viel zu sagen.

Es ist richtig, dass sich das Infektionsgeschehen in den Sommermonaten auf eine reisefreudige und hochmobile Gruppe jüngerer und mittelalter Jahrgänge konzentrierte - mit einem geringen Anteil an schwer erkrankten, hospitalisierten Covid-Patienten und sehr wenigen Todesfällen. Das Blatt wendet sich aber gerade dramatisch, meine Damen und Herren! In Deutschland sind heute über 1 700 Menschen als Covid-Patienten auf Intensivstationen in Behandlung, von denen die Hälfte beatmet wird; auch

bei uns in Deutschland ist die Letalität hoch. Mit heutigem Stand haben wir in Brandenburg 52 belegte Intensivbetten, und auch da gilt das exponentielle Wachstum. In 14 Tagen werden wir die Patienten mit schweren Krankheitsverläufen auf unseren Intensivstationen sehen. Schon jetzt ist die Belastung in Teilen der Bundesrepublik größer als im Frühjahr. Auch in Brandenburg sehen wir diesen Effekt. Der Anteil der stationär und intensivmedizinisch behandelten Patienten ist schon mit den Zeiten des Frühjahr-Lockdowns vergleichbar, und nachdem wir genau vier Monate lang keinen einzigen weiteren Covid-19-Todesfall zu beklagen hatten, steigt die Zahl der Todesfälle seit zwei Wochen wieder spürbar an. Und das ist erst der Anfang. Durch die explodierenden Infektionszahlen dringt das Infektionsgeschehen auch in die ältere und alte Bevölkerung vor; der Anteil an erkrankten älteren und hochvulnerablen Personen steigt wieder steil an.

Dabei ist es nicht die Zahl der Intensivbetten oder der Beatmungsgeräte, die das Problem darstellt. Diesbezüglich haben wir als Landesregierung die Zeit und die Bundesförderung gut genutzt, um unsere Kapazitäten auf 1 028 Beatmungsplätze auszuweiten. Das Problem wird nach übereinstimmenden Aussagen von Fachgesellschaften das verfügbare Fachpersonal sein. Ein einziger zu beatmender Covid-Patient bindet rechnerisch fünf Intensivpflegekräfte. Die bestehenden Personalengpässe werden limitierend wirken, und bei exponentiell steigendem Infektionsgeschehen erkrankt natürlich auch ein wachsender Teil des Klinikpersonals.

Worauf wir zusteuern, können wir mit Grausen bei unseren europäischen Nachbarn beobachten. Von den acht Ländern mit den weltweit höchsten Inzidenzwerten liegen sechs in unserer unmittelbaren Nachbarschaft. Wir brauchen nicht mehr über die USA zu spotten - Europa hat die USA mittlerweile längst überholt. In Frankreich hat es gestern 48 000 Neuerkrankungen gegeben, in Italien 27 000, in Polen bei einer Bevölkerungszahl von 38 Millionen waren es über 20 000. Überall dort sind drastische Eindämmungsmaßnahmen bis hin zu Ausgangssperren, Abriegelung von Städten und Schulschließungen in Anwendung. Wer mit der Eindämmung des Infektionsgeschehens zu lange wartet, zahlt dafür einen extrem hohen Preis: viele Schwerstkranke und Tote, ein überlastetes Gesundheitssystem, noch stärkere Eingriffe in Grund- und Freiheitsrechte sowie noch stärkere Beeinträchtigungen der wirtschaftlichen Entwicklung. Sowohl die Niederlande als auch Belgien schicken wieder Intensivpatienten nach Deutschland, weil die Versorgung dort nicht mehr gewährleistet ist. Frankreich und Polen - gerade heute - haben Hilfe von uns angefordert.

Wir können als politisch Verantwortliche in diesem Land nicht länger tatenlos zusehen, wie diese Erkrankungswelle unsere Gesellschaft und unser Gesundheitssystem erfasst. Der Schutz der körperlichen Unversehrtheit und des Lebens ist ein überragendes Verfassungsgut. Deshalb müssen wir jetzt handeln und durch eingreifende, konsequente Maßnahmen das allgemeine Infektionsgeschehen auf ein Maß zurückführen, das es wieder kontrollierbar macht und eine sinnvolle Kontaktnachverfolgung ermöglicht. Dazu bedarf es einer Reduktion der Gesamtzahl an Kontakten um mindestens 75 %. Ich habe heute sehr viel dazu gehört, was alles nicht gehe oder zu kritisieren sei. Ich habe aber keine Antwort auf folgende Frage gehört: Wie, bitte schön, wollen Sie denn diese 75%ige Kontaktreduktion realisieren? Es ist breiter gesellschaftlicher Konsens und eine Erkenntnis aus der ersten Welle der Pandemie, dass wir alles daransetzen wollen, dass Schulen und Kitas weiter geöffnet bleiben und die Wirtschaft keinen Total-Lockdown erleiden muss. Wenn das Konsens ist, müssen wir im Bereich der privaten Kontakte und des Freizeitverhaltens erhebliche Einschränkungen umsetzen. Das ist sehr schmerzhaft, aber nach Ansicht der Landesregierung und vieler

wissenschaftlicher und medizinischer Fachgesellschaften sinnvoll, angemessen und verhältnismäßig.

Das vielfach zu hörende Argument, man möge sich doch auf den Schutz der vulnerablen Gruppen beschränken und den Rest der Bevölkerung nicht mit Restriktionen belästigen, ist zynisch und unsolidarisch. Allein die Bevölkerungsgruppe der über 60-Jährigen zählt in Deutschland nach Millionen. Hinzu kommen chronisch Kranke wie Diabetiker, adipöse oder immunsupprimierte Menschen, Menschen mit Behinderungen und auch junge Menschen mit überraschend schwerem Krankheitsverlauf. Zusammen machen diese Personen fast 40 % der Bevölkerung aus. Denen zu sagen „Ihr habt halt ein Problem“, ist zutiefst menschenverachtend, ja sozialdarwinistisch.

Einer solidarischen Gesellschaft wie der unseren muss der Schutz aller ihrer Mitglieder höchstes Anliegen sein. Deshalb ist das drastische allgemeine Eindämmen des Infektionsgeschehens der richtige Weg. „Flatten the curve“ - das ist erneut das Gebot der Stunde.

Gemeinsam werden wir aber auch diesen schwierigen Weg überstehen und dann im Jahr 2021, unterstützt durch bereitstehende Impfstoffe und den heraufziehenden Frühling, diese entsetzliche Pandemie peu à peu in ihre Schranken weisen. - Ich danke Ihnen.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Meine Damen und Herren, darf ich davon ausgehen, dass wir damit am Ende der Debatte sind? - Dann beende ich die Debatte. Wir kommen zur Abstimmung.

Zuerst der Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 7/2263, mit dem Titel „Corona-Krise: Demokratie stärken - Vertrauen schaffen“: Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Bitte die Gegenstimmen! - Die Enthaltungen! - Damit ist der Antrag bei Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Ich komme zum Entschließungsantrag der BVB / FREIE WÄHLER Fraktion, Drucksache 7/2264, mit dem Titel „Gaststätten offenlassen - hygienisch sichere Orte erhalten“. Ich darf Sie um Abstimmung bitten. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenstimmen, bitte! - Die Enthaltungen! - Damit ist der Entschließungsantrag bei Enthaltungen abgelehnt.

Ich komme zum Entschließungsantrag der Koalition, Drucksache 7/2266, mit dem Titel „Aus Verantwortung für Brandenburg - Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie konsequent umsetzen“. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Bitte die Gegenstimmen! - Die Enthaltungen! - Damit wurde dem Antrag bei Enthaltungen zugestimmt.

Ich komme zum Entschließungsantrag der AfD-Fraktion, Drucksache 7/2267, mit dem Titel „Sofortige Aufhebung aller coronabedingten Grundrechtseinschränkungen und gezielter Schutz und Versorgung von Risikogruppen“. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenstimmen, bitte! - Die Enthaltungen! - Damit ist der Antrag ohne Enthaltungen abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Abstimmung. - Es besteht der Wunsch, eine persönliche Erklärung laut § 70 Geschäftsordnung abzugeben. Herr Abgeordneter Dr. Berndt, bitte.

Herr Abg. Dr. Berndt (AfD):

Herr Kollege Redmann, Sie haben mich einen „wissenschaftlichen Scharlatan“ genannt und es damit begründet, dass ich darauf ...

(Zuruf)

- noch besser, „pseudowissenschaftlichen Scharlatan“, ich korrigiere mich. Sie haben zur Begründung angeführt, dass ich darauf hingewiesen habe, dass es keine Übersterblichkeit durch Covid-19 gibt.

(Zuruf: Nein!)

Sie haben das ...

(Zurufe)

Herr Redmann, das ist meine ...

(Zurufe)

Herr Redmann, ich halte dazu fest, dass es richtig und notwendig ist, diese Tatsache festzuhalten, damit man die Covid-19-Erkrankung richtig einordnen kann.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Es geht bitte nicht um eine inhaltliche Debatte, Herr Dr. Berndt, sondern lediglich um die persönliche Erklärung, die Sie für Ihre Person abgeben dürfen.

Herr Abg. Dr. Berndt (AfD):

Das ist meine persönliche Erklärung: Ich halte es für unglaublich wichtig, festzustellen, dass es keine Übersterblichkeit gibt!

Ich nehme zur Kenntnis - leider -, dass Sie die Wahrheit nicht hören wollen und dass Sie sich im Ton vergreifen. - Fühlen Sie sich zur Ordnung gerufen, Herr Kollege Redmann.

(Unruhe)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Meine Damen und Herren, Herr Dr. Berndt, die Ordnungsrufe erteilt in diesem Hause die Präsidentin.

Ich habe Ihnen noch einige wenige Mitteilungen zu machen. Abwesenheiten wurden auch von den Abgeordneten Dr. Ludwig und Baier gemeldet, das ist nachzutragen.

Ich möchte Ihnen mitteilen, dass sich der Untersuchungsausschuss „Untersuchung der Krisenpolitik der Landesregierung im Zusammenhang mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 und der Erkrankung COVID-19“ am 9. Oktober 2020 konstituiert hat.

Jetzt gilt mein ganz herzlicher Dank all denen, die diese Sonder-sitzung in kürzester Zeit vorbereitet und durchgeführt haben, insbesondere natürlich unserem Saaldienst, den Protokollanten, allen Mitarbeitern der Landtagsverwaltung und ebenso Ihnen persönlich.

Damit ist das 23. Plenum beendet. Bleiben Sie gesund!

Ende der Sitzung: 12.54 Uhr

Anlagen**Gefasster Beschluss****Aussprache über den Beschluss der Regierungschefinnen und -chefs mit der Bundeskanzlerin „Bekämpfung der SARS-Cov2-Pandemie“**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 23. Sitzung am 30. Oktober 2020 folgenden Beschluss gefasst:

„Aus Verantwortung für Brandenburg - Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie konsequent umsetzen“

Die Corona-Pandemie, die uns alle seit Anfang des Jahres in Atem hält, ist eine der größten Herausforderungen für unsere Gesellschaft. Die Corona-Infektion breitet sich deutschlandweit in besorgniserregendem Maße aus. Nachdem die Infektionszahlen auch aufgrund der im Frühjahr getroffenen Maßnahmen von Bund und Ländern seit Beginn der Pandemie gefallen sind, steigen diese mit Herbstbeginn rasant wieder an. Aktuell verdoppeln sich die Infiziertenzahlen etwa alle sieben und die Zahl der Intensivpatientinnen und -patienten etwa alle zehn Tage. Die Kontaktnachverfolgung wird zunehmend schwierig. Aus dem Bericht des RKI ist zu entnehmen, dass 75 % aller Infektionen einem konkreten Infektionsort nicht mehr zugeordnet werden können. Es lässt sich daher gegenwärtig nicht nachvollziehen, wo konkret die Ansteckungsquellen liegen. Ein weiterer ungebremsster Anstieg der Infektionszahlen kann auch in Brandenburg zu einer Überforderung des Gesundheitssystems führen. Damit besteht die Gefahr, dass die Zahl der schweren Verläufe und der Todesfälle erheblich ansteigt. Es ist daher zu begrüßen, dass die Bundesregierung und die Bundesländer zur Vermeidung einer akuten nationalen Gesundheitsnotlage gemeinsam entschlossen handeln. Wir müssen die vor uns liegenden Wintermonate gut meistern, um dann im nächsten Jahr durch Fortschritte bei der Impfstoffentwicklung und einfachere Infektionskontrolle im Frühjahr die Pandemie schrittweise überwinden zu können.

Ziel ist es, so schnell wie möglich den exponentiellen Zuwachs bei der Anzahl der Infektionen und der stationär behandelten Patienten zu brechen. Wenn uns das gelingt, ist auch eine geordnete Rückkehr zum sozialen Leben möglich. Dies setzt neben der Einhaltung der staatlichen Maßnahmen gleichermaßen ein hohes Maß an Eigenverantwortung voraus, welches die Brandenburgerinnen und Brandenburger in den letzten Monaten zu großen Teilen bereits bewiesen haben.

Der Landtag begrüßt, dass Kitas und Schulen nicht geschlossen werden. Kinder und Jugendliche brauchen Bildung und soziale Kontakte. Der Landtag begrüßt darüber hinaus, dass große Teile der Wirtschaft aufrechterhalten bleiben.

Die in der Sitzung der Regierungschefinnen und Regierungschefs mit der Bundeskanzlerin am 28. Oktober 2020 beschlossenen Maßnahmen stellen einen erheblichen Eingriff in den Lebensalltag der Menschen in Brandenburg dar.

Alle Wirtschaftszweige haben in den vergangenen Monaten erhebliche Einschränkungen erfahren und gleichzeitig große

Anstrengungen unternommen, um mit Hygienekonzepten, neuen Ideen und auch finanziellen Investitionen ihren Betrieb aufrechtzuerhalten.

Insbesondere dem Gastronomie- und Hotelbereich, aber auch der Kultur-, Unterhaltungs- und Veranstaltungsbranche wird mit den nun beschlossenen Maßnahmen erneut ein Sonderopfer abverlangt.

Sie erbringen damit einen großen Dienst für die Gesellschaft, damit der Betrieb von Kitas, Schulen, Einzelhandel sowie Wirtschaft und Industrie so weit wie möglich aufrechterhalten werden kann. Deshalb sind Unterstützungs- und Entschädigungsleistungen - auch in Form von Umsatzausgleich - absolut notwendig und gerechtfertigt.

Wir bedanken uns für die Solidarität aller Brandenburgerinnen und Brandenburger und fordern weiterhin dazu auf, sich an die allgemeinen Hygieneregeln zu halten.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. die zur Eindämmung der Pandemie umzusetzenden Maßnahmen auf einen engen Zeitraum zu begrenzen und ständig auf ihre Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit zu überprüfen. Der Landtag und die Öffentlichkeit sind dabei in geeigneter Weise einzubeziehen. Für die Beteiligung des Landtages sind entsprechende Regelungen zu schaffen;
2. in den nächsten Wochen die Strategie im Umgang mit der Pandemie zu überprüfen und anzupassen und dabei folgende Aspekte besonders zu berücksichtigen:
 - a) Kapazität und Leistungsfähigkeit der Gesundheitsämter bestmöglich stärken,
 - b) erhöhter Schutz der Risikopatienten (vulnerable Gruppen) im Hinblick auf schwerwiegende Krankheitsverläufe,
 - c) Antigentest/Schnelltest in die allgemeine Test- und Präventionsstrategie integrieren,
 - d) zu überprüfen, welche zusätzlichen Indikatoren neben der 7-Tage-Inzidenz für die Bewertung der Pandemie- und Gefährdungslage herangezogen werden können, um spezifischere Lageeinschätzungen zu treffen sowie mittelfristige und langfristige Strategien erarbeiten zu können;
3. den Öffentlichen Gesundheitsdienst und die brandenburgischen Krankenhäuser bestmöglich personell und wirtschaftlich zu unterstützen. Wir brauchen in dieser Zeit eine hohe Zuverlässigkeit und Verfügbarkeit aller Ressourcen im Gesundheitswesen;
4. sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die Krankenhäuser auch weiterhin durch finanzielle Kompensation für pandemiebedingte Mehrbelastungen unterstützt werden. Die finanziellen Unterstützungen seitens des Bundes müssen der veränderten Lage angepasst und gesichert werden;

5. dafür Sorge zu tragen, dass die Hygiene-Pläne in den Bildungseinrichtungen konsequent umgesetzt und ggf. weiterentwickelt werden;
6. die Digitalisierung der Schulen unbürokratisch, zügig und konsequent umzusetzen;
7. sich beim Bund dafür einzusetzen, dass die von wirtschaftlichen Ausfällen Betroffenen rasch, unbürokratisch und existenzsichernd unterstützt werden;
8. sich dafür einzusetzen, auch länderübergreifende Hilfen und Solidarität anzubieten insbesondere zu unserem Nachbarland Polen.“

Herr Abg. Hohloch (AfD)
Herr Abg. Hooge (AfD)
Herr Abg. Hünich (AfD)
Frau Abg. Johlige (DIE LINKE)
Herr Abg. John (AfD)
Herr Abg. Keller (SPD)
Herr Abg. Klemp (B90/GRÜNE)
Frau Abg. Kniestedt (B90/GRÜNE)
Frau Abg. Kornmesser (SPD)
Herr Abg. Kretschmer (DIE LINKE)
Herr Abg. Kubitzki (AfD)
Herr Abg. Lakenmacher (CDU)
Frau Abg. Lange (SPD)
Frau Abg. Prof. Dr. Liedtke (SPD)
Herr Abg. Lüttmann (SPD)
Herr Abg. Freiherr von Lützow (AfD)
Herr Abg. Lux (SPD)
Herr Abg. Möller (AfD)
Herr Abg. Münschke (AfD)
Frau Abg. Muxel (AfD)
Frau Abg. Nicklisch (BVB/FW)
Herr Abg. Noack (SPD)
Herr Abg. Nothing (AfD)
Herr Abg. Pohle (SPD)
Frau Abg. Poschmann (SPD)
Herr Abg. Dr. Redmann (CDU)
Frau Abg. Richstein (CDU)
Herr Abg. Roick (SPD)
Herr Abg. Rostock (B90/GRÜNE)
Herr Abg. Rüter (SPD)
Frau Abg. Schäffer (B90/GRÜNE)
Herr Abg. Schaller (CDU)
Herr Abg. Scheetz (SPD)
Frau Abg. Schier (CDU)
Frau Abg. Spring-Räumschüssel (AfD)
Herr Abg. Stefke (BVB/FW)
Herr Abg. Stohn (SPD)
Herr Abg. Teichner (AfD)
Frau Abg. Vandre (DIE LINKE)
Herr Abg. Vida (BVB/FW)
Herr Abg. Vogelsänger (SPD)
Herr Abg. Walter (DIE LINKE)
Frau Abg. Walter-Mundt (CDU)
Herr Abg. Wernitz (SPD)
Herr Abg. Wiese (AfD)
Herr Abg. Dr. Woidke (SPD)
Herr Abg. Dr. Zeschmann (BVB/FW)

Anwesenheitsliste

Herr Abg. Adler (SPD)
Frau Abg. Augustin (CDU)
Herr Abg. Baaske (SPD)
Herr Abg. Barthel (SPD)
Frau Abg. Barthel (AfD)
Herr Abg. Dr. Berndt (AfD)
Frau Abg. Bessin (AfD)
Herr Abg. Bischoff (SPD)
Frau Abg. Block (DIE LINKE)
Herr Abg. Bommert (CDU)
Herr Abg. Bretz (CDU)
Herr Abg. Brüning (CDU)
Frau Abg. Petra Budke (B90/GRÜNE)
Frau Abg. Ricarda Budke (B90/GRÜNE)
Herr Abg. Büttner (DIE LINKE)
Frau Abg. Damus (B90/GRÜNE)
Frau Abg. Dannenberg (DIE LINKE)
Herr Abg. Domres (DIE LINKE)
Herr Abg. Drenske (AfD)
Frau Abg. Duggen (AfD)
Herr Abg. Eichelbaum (CDU)
Herr Abg. Funke (SPD)
Herr Abg. von Gizycki (B90/GRÜNE)
Herr Abg. Görke (DIE LINKE)
Herr Abg. Günther (AfD)
Herr Abg. Hanko (AfD)
Frau Abg. Hiekel (B90/GRÜNE)
Frau Abg. Hildebrandt (SPD)
Herr Abg. Hoffmann (CDU)